

seduta n. 147 del 10 marzo 1998

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.15)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Frasnelli, Pallaoro, Di Puppò nachmittag, Mayr Sepp, Conci-Vicini, Tosadori, Pahl, Andreotti und Benedetti. Ich bitte um die Verlesung des Protokolls.

DENICOLO': *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Danke. Sind Einwände zum Protokoll? Keine, damit gilt das Protokoll als genehmigt. Folgende Mitteilungen:

Mit Schreiben vom 3. März 1998 hat RA Carlo Palermo mitgeteilt, daß die mit Dekret des Präsidenten des Regionalrates Nr. 556 vom 26. Februar 1998 eingesetzte Untersuchungskommission zur Bekleidung der angeführten Ämter folgende Regionalratsabgeordneten bestellt hat: RA Carlo Palermo - Vorsitzender, RA Christine Mayr - stellv. Vorsitzende und RA Maurizio Tosadori - Schriftführer.

Es sind folgende Anfragen eingebracht worden:

die Anfrage Nr. 388, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend einen Beratungsauftrag, den der Regionalausschuß in bezug auf die Fragen der institutionellen Reformen und die Verfassungsreform einigen Dozenten erteilt hat;

die Anfrage Nr. 389, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Dalbosco, betreffend Probleme auf der A22 bei Piedicastello;

die Anfrage Nr. 390, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Errichtung von Lärmschutzwänden entlang der Brennerautobahn bei Trient;

die Anfrage Nr. 391, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Palermo, betreffend Aussagen des Vizepräsidenten des Regionalausschusses Dr. Pahl über die Trentiner Regionalbediensteten;

die Anfrage Nr. 392, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die von der Brennerautobahn AG ausgestellten Gratisausweise;

die Anfrage Nr. 393, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Taverna: „Die ethnischen Säuberungen Pahls“;

die Anfrage Nr. 394, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Chiodi, betreffend die vom Vizepräsidenten des Regionalausschusses Franz Pahl über die Regionalbediensteten in der Tageszeitung Dolomiten abgegebenen Erklärungen;

die Anfrage Nr. 395, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Chiodi, Leveggi, Bondi und Bendetti, betreffend den an den Regionalausschuß gestellten Antrag, die Beschlüsse Nr. 58, 59 und 132 aus dem Jahre 1998, mit denen der Ausschuß die Aufträge für drei Amtsdirektoren nicht mehr erneuert hat, zu annullieren;

die Anfrage Nr. 396, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend zwei Bedienstete des Katasteramtes der Region;

die Anfrage Nr. 397, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend eine vom Assessor für die Ordnung der Regionalämter verwendete Formulierung, die nicht der offiziellen Bezeichnung der Region entspricht;

die Anfrage Nr. 398, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Tarfusser, betreffend einen in der Tageszeitung „Neue Südtiroler Tageszeitung“ erschienenen Artikel über die Wahlwerbung;

die Anfrage Nr. 399, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Bondi und Chiodi, betreffend den Gesetzentwurf Nr. 86;

die Anfrage Nr. 400, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Klotz, betreffend die Veröffentlichungen, die vom Regionalausschuß in den Jahren 1996 und 1997 gedruckt worden sind;

die Anfrage Nr. 401, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Klotz, betreffend die Veröffentlichungen, die vom Regionalrat in den Jahren 1996 und 1997 gedruckt worden sind;

die Anfrage Nr. 402, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend einen von der Region veröffentlichen Wettbewerb zur Besetzung von drei Stellen für Verwaltungsangestellte des VI. Funktionsranges, von denen zwei Stellen der deutschen und eine der ladinischen Sprachgruppe vorbehalten sind;

die Anfrage Nr. 403, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter: „Die Hilfsbeiträge der Region werden in zentralistischer Weise vergeben, obwohl die Bestimmungen eine Absprache mit den beiden Provinzen vorsehen“;

die Anfrage Nr. 404, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Messner, betreffend die Rückerstattung an die Gemeinden der für die Wahl des Regionalrates bestrittenen Ausgaben.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

die Anfrage Nr. 334, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Roberto Pinter, betreffend Personalaufnahmen und Ersatzpersonal;

die Anfrage Nr. 371, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend die Verkehrsbehinderungen auf der A22 in der Nähe des Tunnels von Trient;

die Anfrage Nr. 372, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend die Erhöhung der Anzahl der Ein- und Abfahrtsspuren bei der Mautstelle in Bozen Süd;

die Anfrage Nr. 373, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend den Antrag auf Abtragung der zusätzlichen, nicht abgedichteten Mautstelle in Bozen Süd;

die Anfrage Nr. 374, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend die Anwendung neuer Softwareprogramme bei den Mautstellen der A22;

die Anfrage Nr. 375, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend die Frage, wann die Brennerautobahn AG die bei den Mautstellen installierten alten Computer des Typs 286 durch modernere zu ersetzen gedenkt;

die Anfrage Nr. 376, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Holzmann, betreffend die für die Sommermonate 1996 erfolgten Personalaufnahmen für den nördlichen Teil der Brennerautobahn;

die Anfrage Nr. 380, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Erhöhung der zwecks Ablegung der Prüfung für die Eintragung in das Register der Handelstreibenden zu entrichtenden Gebühr;

die Anfrage Nr. 381, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Ianieri, betreffend ein an die Südtiroler Kunden gerichtetes Schreiben der Italienischen Post, das lediglich in deutscher Sprache verfaßt war;

die Anfrage Nr. 382, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Bolzonello, betreffend die Einführung von Bestimmungen auf dem Sachgebiet der Transparenz und des Zugangs zu den Verwaltungsunterlagen in den Gemeinden Trentino-Südtirols;

die Anfrage Nr. 383, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Chiodi, betreffend die Auszahlung einer Regionalzulage an das Personal der Rechnungshofes von Trient und Bozen;

die Anfrage Nr. 384, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Benedetti, betreffend die Rettung des Bezirksgerichts von Riva del Garda;

die Anfrage Nr. 385, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Chiodi, betreffend die von der Region geleistete Finanzierung für den Erwerb des Gebäudes Säge/Mühle in Roveda in der Gemeinde Gereut (Frassilongo);

die Anfrage Nr. 386, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Delladio und Morandini: „3. Februar 1998, 15.12 Uhr: Die Tragödie am Cermis“;

die Anfrage Nr. 387, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini und Tosadori, betreffend einen Arbeitsauftrag für die Informatisierung von Eintragungen ins Grundbuch, der einer Firma in Bologna erteilt worden sein soll;

die Anfrage Nr. 398, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner und Tarfusser, betreffend einen in der Tageszeitung „Neue Südtiroler Tageszeitung“ erschienenen Artikel über die Wahlwerbung;

die Anfrage Nr. 401, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Klotz, betreffend die vom Regionalrat in den Jahren 1996 und 1997 gedruckten Veröffentlichungen.

Der Text der Anfragen Nr. 334, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 398 und 401 und die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden integrierenden Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Ich bitte die Abgeordneten sich von ihren Sitzen zu erheben. Leider haben wir wieder einen Ex-Kollegen verloren. Sandro Pellegrini, ehemaliger Regionalratsabgeordneter sowie Vizepräsident und Assessor für Finanzen und

Vermögen der Region Trentino-Südtirol ist im Alter von 59 Jahren nach mit Geduld ertragener Krankheit verstorben.

Ich darf die Worte eines Ex-Kollegen, und zwar von Arnold Tribus zitieren: „Sandro Pellegrini war ein untypischer Politiker, ein Politiker mit Herz und Seele. Er ist unerwartet, plötzlich und leise von uns gegangen. Wir haben alle gewußt, daß er krank war, seit vielen Jahren krank, doch hat er auch seine Krankheit immer mit diskreter Würde getragen als ein persönliches Problem, das es zu meistern, zu überwinden galt. Er war auch überzeugt, seine tückische Krankheit überwinden zu können. Es ist ihm nicht gelungen.“

Sandro Pellegrini stammte aus einer Bauernfamilie und wurde am 3. Juli 1938 in Mezzolombardo geboren und war in Bozen wohnhaft, verheiratet und Vater von drei Kindern. Aufgrund seiner Fachausbildung im Bereich Landwirtschaft war er als leitender Beamter in der Abteilung Landwirtschaft der Autonomen Provinz Bozen tätig. Aufgewachsen in der katholischen Aktion, fand er in den 60er Jahren Einlaß in die Democrazia Cristiana. Seine politische-institutionelle Tätigkeit begann 1975 mit der Wahl zum Gemeinderatsmitglied von Bozen. Auf Gemeindeebene bekleidete er zeitweise das Amt eines Assessor bzw. des Fraktionssprechers der Democrazia Cristiana. 1990 zog er anstelle eines anderen Abgeordneten in den Regionalrat und damit in den Südtiroler Landtag ein und bekleidete das Amt des Vizepräsidenten und später des Präsidenten sowie anschließend Ämter mit Regierungsverantwortlichkeit in der Region als Vizepräsident des Ausschusses, als Assessor für Vermögen und Finanzen und auf Landesebene als Landesrat ebenfalls für Vermögen und Finanzen und für Schule und Kultur der italienischen Sprachgruppe. Sandro Pellegrini zeichnete sich stets durch eine rege Tätigkeit im sozialen Bereich aus und nahm aktiv am Leben verschiedener Vereinigungen vor allem im Sektor Sport teil.“

Ich darf im Namen aller hier anwesenden Regionalratsabgeordneten seiner Ehegattin, seinen Kindern und allen verbliebenen Familienangehörigen unser Mitgefühl und unsere Trauer ausdrücken. Wir wollen seiner im stillen gedenken.

(Il Consiglio osserva un minuto di silenzio)

PRÄSIDENT: Danke. Ich habe noch ein paar organisatorische Mitteilungen zu machen.

Erste und wichtigste Mitteilung. Die Fraktionssprecher haben heute beschlossen eine zusätzliche Woche an Regionalratssitzungen einzuschieben, und zwar vom 24. bis zum 26. März, mit einem wesentlich intensiveren Stundenplan. Wir beginnen um 10.00 Uhr, aber mit einer reduzierten Mittagspause von 12.00 Uhr bis 13.00 Uhr und dann von 14.00 Uhr bis 19.00 Uhr und von 20.00 Uhr bis Mitternacht und am 26. März bis zum Abschluß der Arbeiten über das Wahlgesetz. Das ist für diese Woche vorgesehen und wir werden das natürlicherweise schriftlich bestätigen.

Was den heutigen Tag betrifft, bringe ich jetzt folgenden Vorschlag zur Abstimmung, den die Fraktionssprecher einvernehmlich gefaßt haben, daß wir nämlich eine kurze Debatte über die Situation in Kosovo einschalten und den entsprechenden Beschlußantrag zur Diskussion stellen, der schon lange auf der Tagesordnung ist, aber

der aktuellste Form hat. Als Vertreter einer Region mit einer Sonderautonomie und mit Minderheiten wollen wir unsere Solidarität gegenüber der albanischen Minderheiten in Serbien, im Kosovo, ausdrücken und uns zugunsten einer Autonomie in dieser Region aussprechen.

Der Antrag zur Vorverlegung dieses Punktes stammt vom Abgeordneten Benedikter und der Antrag selbst stammt von den Abgeordneten Atz, Berger, Feichter, Peterlini und Mayr. Die Fraktionssprecher haben vereinbart, das ausnahmsweise einzuschieben und drei Minuten Redezeit - also eine Sonderregelung - pro Fraktion vorzusehen.

Ich verlese jetzt den Antrag.

„Menschenrechte der Kosova-Albaner“

Angesichts der Tatsache, daß

- die Albaner auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien seit 1989 Opfer einer Unzahl von Menschenrechtsverletzungen sind, insbesondere in Kosova (serbisch Kosovo; früheres Gebiet der Autonomen Provinz Kosovo);
- das Verhalten der serbischen Behörden, der Polizei und der Armee gegenüber der Bevölkerung sich auch im Jahr 1996 und im ersten Halbjahr 1997 nicht gebessert hat;
- der staatliche Terror und Akte der Gewalt und Diskriminierung jeder Art gegen wehrlose Albaner nicht nachgelassen haben;
- Albaner Kosovos weiterhin grundlos von ihren Arbeitsplätzen entlassen und durch serbische und montenegrinische Neuzuwanderer ersetzt werden;
- die Neuansiedlung serbischer Flüchtlinge aus Bosnien und der ehemaligen kroatischen Krajina fortgesetzt wird;
- junge Albaner, die während der innerjugoslawischen Kriege im Ausland Zuflucht gesucht haben, zwangsrepatriiert werden und anschließend Mißhandlungen, Folter und Diskriminierung erleiden;
- junge Albaner immer noch keinen Zugang zu ihren Schul- und Universitätsgebäuden haben und daran gehindert werden, ihre Schulausbildung in ihrer Muttersprache abzuwickeln;
- im sozialen Bereich grundlegende Menschen- und Bürgerrechte verletzt werden, was extreme Armut und gesundheitlichen Notstand in Kosova immer mehr um sich greifen läßt;
- die albanische Sprache aus dem gesamten öffentlichen Bereich verdrängt worden ist und die Serbisierung des öffentlichen Lebens konsequent fortgesetzt wird;
- das Recht auf freie kulturelle und wissenschaftliche Tätigkeit, die Versammlungsfreiheit und demokratischen Meinungsfreiheit, das Recht auf freie Bewegung und Ausreise mißachtet werden;

und unter Berufung auf die von der UN-Vollversammlung am 12.10.1996 (sowie in den vorausgegangenen Jahren) verabschiedeten Resolution zur Menschenrechtslage in Kosovo (Res. A/51/111) und auf die von der UN-Menschenrechtskommission festgestellten Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen die Grundfreiheiten

**stellt der Regionalrat von Trentino-Südtirol den Begehrensantrag an das
Parlament,
auf daß es**

- alle möglichen Maßnahmen ergreift, um die verantwortlichen staatlichen Stellen der BR Jugoslawien zur Einhaltung der Menschenrechte und der politischen Rechte der gesamten Bevölkerung von Kosova zu drängen;
- jede Verbesserung der Beziehung auf politischer, finanzieller, wirtschaftlicher, kultureller Ebene mit der Bundesrepublik Jugoslawien mit der Einhaltung der Menschenrechte und der politischen Rechte verknüpft;
- die humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung Kosovos aufnimmt und fördert;
- ein eigenes konsularisches Büro Italiens in Pristina eröffnet;
- jede geeignete Maßnahme zum Schutz der Kosova-Albaner ergreift, und auf politischer Ebene die Abhaltung einer internationalen Konferenz über Kosova anstrebt;
- für die Bereitstellung von italienischen Wahlbeobachtern anlässlich der kommenden, vom albanischen Bevölkerungsteil Kosovos für 24.12.97 angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sorgt;
- auf den gemeinsamen Einsatz der EU für eine friedliche und rasche Lösung der Kosova-Frage unter internationaler Beteiligung drängt.

Die Vorverlegung wurde vom Abgeordneten Benedikter beantragt. Wir stimmen zuerst ohne Debatte über die Vorverlegung dieses einheitlichen Vorschlags der Fraktionssprecher ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Damit ist die Vorverlegung einstimmig mit dem Vorschlag der Fraktionssprecher angenommen, daß jeder Redner drei Minuten zur Verfügung hat.

Abgeordneter Leitner zur Tagesordnung, bitte.

LEITNER: Herr Präsident, ich möchte auch um die Vorverlegung des Tagesordnungspunktes 41 nach der Behandlung dieses Antrages und des Familienpaketes ersuchen. Beim Tagesordnungspunkt 41 geht es um den Begehrensantrag, der die ICI betrifft. Er wurde schon im Jänner 1996 eingereicht und wir glauben - weil diese Diskussion in allen Gemeinden geführt wird -, daß er aktuell ist und man so ein politisches Signal setzen könnte.

PRÄSIDENT: Danke. Wir haben es vorgemerkt und wir stimmen darüber nach Behandlung des Familienpaketes ab. In Ordnung?

Wir kommen jetzt zum **Begehrensantrag Nr. 39**, eingebracht von den **Regionalratsabgeordneten Atz, Berger, Feichter, Peterlini und Christine Mayr betreffend die Menschenrechte der Kosovo-Albaner**;

Ich eröffne jetzt diese kurze Debatte, die, wie ich betonen möchte, den außerordentlichen Charakter der schwierigen Situation unterstreichen und gleichzeitig ein Zeichen der Solidarität mit den Kosovo-Albanern zum Ausdruck bringen soll.

Wer meldet sich zu Wort? Der Abgeordnete Benedikter hat das Wort. Bitte.

BENEDIKTER: Ich habe am 3. September 1996 einen Abänderungsantrag zu diesem Antrag der SVP eingebracht. Er muß damals verteilt worden sein. Anstelle der ersten zwei Absätze des beschließenden Teiles soll das Parlament beauftragt werden, daß es „sich verstärkt dafür einsetze, daß im Sinne des Artikels 1 der Menschenrechtspakte und der Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970 und 2787 vom 6. Dezember 1971 sowie des 8. Grundsatzes der Schlußakte der Konferenz von Helsinki vom 1. August 1975 und der Charta von Paris derselben OSZE vom 21. November 1990 sowie des einstimmigen Beschlusses des Regionalrates vom 18. September 1991, den rechtmäßigen Bewohnern des Kosova die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zugestanden werde“ und im zweiten Absatz anstelle der Worte „der Schutz und die Rechte gewährleistet werden in diesem Lande“ sollen die Worte gesetzt werden: „...das Recht auf Selbstbestimmung des Volkes von Kosova gemäß den erwähnten völkerrechtlich bindenden Bestimmungen gewährleistet wird“.

Den zweiten Absatz könnte man aufgrund des neuen Textes auslassen, also nur den ersten Absatz dieses Beschlußantrages mit dem von uns beantragten ersten Absatz ersetzen, wie ich ihn jetzt vorgelesen habe und wie er glaube ich schon in den Händen aller Regionalratsabgeordneten sein dürfte, in Deutsch und Italienisch.

PRÄSIDENT: Die Abgeordnete Zendron hat das Wort. Bitte.

ZENDRON: Grazie Presidente. Tre minuti sono pochi per illustrare una situazione così difficile e drammatica, come quella che in questi giorni ci viene proposta dalle immagini televisive che stanno facendo il giro del mondo, una situazione gravissima di repressione di una popolazione, che è stata privata nel 1989 da quello che è ancora l'attuale governo serbo della sua autonomia; un'autonomia per molti versi, a suo tempo, abbastanza simile a quella sudtirolese, che tuttavia non riconosceva quello che era il diritto e volontà espressi degli albanesi del Kosovo, che anche il Kosovo diventasse a tutti gli effetti una repubblica come le altre, che allora componevano la ex Jugoslavia.

Poi è accaduto tutto ciò che è successo e come sappiamo la situazione è andata peggiorando, in quanto questo regime serbo isolato, anche sul piano internazionale ha rivolto la propria “attenzione” al suo interno nella repressione delle minoranze, che poi sul territorio del Kosovo sono maggioranze.

Ora voteremo la proposta di Voto, presentata da alcuni consiglieri dello SVP, benché debba dire che per alcuni versi il linguaggio qui usato non è un linguaggio di pace, non è un linguaggio che aiuta a risolvere il problema, ma che piuttosto stigmatizza e sottolinea una situazione che effettivamente è estremamente difficile.

Avrei sicuramente preferito che fossero usate le parole dello scrittore albanese kosovaro Adem Demaci, che nel 1991 ha ricevuto dal Parlamento europeo il premio Sakarov e che è stato soprannominato il Mandela kosovaro, in quanto ha passato 28 anni della sua vita nelle prigioni serbe e che ricevendo il premio Sakarov nel 1991 richiedeva ancora una forte autonomia come soluzione per un territorio che è abitato all'80% da persone di lingua albanese e di religione musulmana, ma che d'altro canto è anche un territorio che per la presenza di numerosi monasteri è considerato una delle terre sacre dei serbi, quindi la soluzione giusta è una soluzione pacifica.

Invece non ci sembra opportuno - e con questo chiudo il mio intervento - l'emendamento del collega Benedikter, che con una semplificazione eccessiva, a mio parere, propone l'autodeterminazione solo per gli abitanti legittimi del Kosovo, il che significa fare anche un'inchiesta su chi ha la legittimità e chi no e risolve tutto attraverso l'autodeterminazione. Mi sembra una soluzione molto semplificante, di fatto non risolutiva, sappiamo che proprio nell'ex Jugoslavia l'adozione della secessione non ha portato a risultati che noi possiamo condividere.

Più condivisibile invece un intervento forte dell'Italia, come viene proposto all'emendamento sostitutivo al Voto, presentato dagli stessi colleghi dello SVP, perché ci sembra giusto che siano i paesi europei a prendersi carico di questo compito.

PRÄSIDENT: Danke. Die Frau Abgeordnete Chiodi hat das Wort., Bitte.

CHIODI: Per dire che il mio gruppo condivide questo Voto, come è stato emendato dal Presidente, perché credo che in questi ultimi anni chi prestava occhio ai tragici fatti che avevano colpito la Jugoslavia, come chi prestava attenzione al discorso degli albanesi, stava sempre aspettando con timore che venisse alla luce quello che stava succedendo nel Kosovo.

La televisione sta trasmettendo ciò che accade in questi giorni e credo che questo Voto arrivi al momento giusto ed un contributo a questo momento così tragico lo potremo senz'altro dare. La televisione ha trasmesso scene molto crude, una povertà ed un isolamento culturale molto alto, una violenza incredibile alle donne, bambini ed anziani e vorrei, signor Presidente, che questo Voto molto importante fosse accompagnato da una lettera di questo Consiglio, perché gradirei che questo Voto avesse un seguito.

Credo che la nostra Regione si possa impegnare anche per il Kosovo come già sta facendo per i paesi sia europei e per quelli percorsi da guerre e catastrofi; credo che questa iniziativa sia da sollecitare e lo possiamo fare come Consiglio regionale, ma anche come firmatari di questo Voto.

Il nostro gruppo voterà questo Voto, anch'io ho delle perplessità sull'emendamento proposto dal cons. Benedikter, chiedo però che questo Voto sia

accompagnato da una lettera del Consiglio, che non accada, come è già successo, che votiamo un Voto che riteniamo importante, perché questo è un momento importante per questi argomenti, e poi vada perso nelle tante iniziative che fanno i Consigli regionali.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Pinter hat das Wort.

PINTER: Grazie Presidente. Credo che la situazione che si sta determinando nella regione del Kosovo meriti indubbiamente la nostra attenzione, anche se mi rendo conto del disagio, se non addirittura del fastidio, che possa nascere dal fatto di una guerra che ha lacerato un paese vicino al nostro e che forse si auspicava definitivamente sepolta, ma che in realtà i focolai di guerra rimangono purtroppo accesi sotto le ceneri.

Ci troviamo in una situazione nella quale la Comunità Internazionale ha forse la possibilità, differentemente da quello che non è riuscita a fare nella precedente situazione, di intervenire in maniera tempestiva e preventiva, prima che tutto degeneri.

Abbiamo spesso delle informazioni limitate, sembra strano in un mondo dell'immagine e dell'informazione che su alcune zone del mondo cali una sorta di cortina del silenzio, al punto tale che si ha una certa difficoltà a ricostruire tutte le informazioni relative a quest'area.

D'altronde anche i mass media sono interessati fino ad un certo punto ad entrare nel merito di una situazione, che credo, in nome del fatto che ci siano degli scontri, si voglia giustificare come una sorta di terrorismo e non piuttosto di quella che è la realtà e cioè di una feroce repressione da parte di Milosevic, riconosciuto dalla comunità internazionale come uomo affidabile, al quale possano essere affidate le sorti del futuro della Jugoslavia, ma purtroppo la realtà dimostra che è nell'interesse di quel regime alimentare lo scontro nel Kosovo, al fine di legittimare il loro intervento militare, poliziesco e repressivo.

Quindi credo che siamo giustificati nel chiedere un intervento che ponga fine a questa situazione, che non è un conflitto interno, ma una palese violazione del diritto all'autonomia, dell'indipendenza di un popolo all'interno dell'ex Jugoslavia. Certo la comunità europea deve giocare le sue carte, purtroppo da diversi anni non riesce a porsi problemi che insanguinano i paesi limitrofi all'Europa stessa ed è veramente un'occasione persa, perché la comunità europea dovrebbe giocare con forza questa situazione e non lasciare che siano gli Stati Uniti d'America il gendarme del mondo.

Credo che anche la conclusione della vicenda dell'Iraq, che ha dimostrato come, se ci fosse un po' di autorevolezza da parte di istituzioni internazionali come l'ONU, si potrebbe indubbiamente costruire molta più pace e rispetto dei popoli, di quanto fino adesso non si sia riusciti.

Concludo il mio intervento, Presidente, augurandomi ci sia un impulso forte al nostro Parlamento, al nostro Governo ed alla comunità europea, affinché non si assista un'altra volta passivamente a quella che sta assumendo tutte le caratteristiche di un genocidio.

PRÄSIDENT: Danke. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Benussi. Bitte.

BENUSSI: Grazie signor Presidente. Purtroppo di tanto intanto dobbiamo occuparci, come è nostro dovere, di fatti che ci rattristano particolarmente. Nuovamente nei Balcani si sta verificando quello che era facile prevedere, perché tutti abbiamo seguito con ansia e trepidazione quello che è capitato durante la guerra che si è svolta tra Croazia, Serbia, mussulmani, cattolici, ortodossi, eccetera.

Qualsiasi iniziativa venga presa a favore delle popolazioni così colpite avrà sempre il nostro appoggio e la nostra solidarietà, doverosa da un punto di vista umano. Da un punto di vista internazionale è molto triste rendersi conto che si è dimenticato quello che si è verificato durante la guerra tra Croazia e Serbia, perché Milosevic è molto ben conosciuto, a prescindere dal fatto che la Corte dell'Aia lo consideri capo di un governo criminale, assai poco valgono tutti i consorzi internazionali.

Abbiamo visto che l'inizio della guerra nella ex Jugoslavia era data proprio dal fatto che Milosevic, con le sue orde, aveva cominciato ad occupare e massacrare i popoli mussulmani e croati, perché aveva in mano tutto l'esercito dell'ex repubblica federale iugoslava comunista di Tito, era solo lui quello armato e per questo ha sferrato l'attacco. Le cose sono andate come sono andate, si è cercato di porre fine almeno ai massacri di massa, ma non a risolvere il problema.

Per risolvere il problema della Balcania, che è confinante con noi e che fa parte della nostra Europa, bisognerebbe che tutti gli europei cominciassero a ragionare in maniera forte, di prendere delle decisioni quando sono da prendere e non dimenticare facilmente come sempre si dimentica quello che è capitato.

La storia deve essere un esempio ad evitare il ripetersi di fatti che si sono dimostrati deleteri per l'umanità. Per questo la nostra solidarietà va a qualsiasi iniziativa di questo carattere, ma trovo che fino a quando esisteranno delle persone come Milosevic, si dimentica chi è, come si comporta e quello che fa per comodità di ragionamento. Vedasi il fatto di quello che capito con Fidel Castro, dove tutti lo considerano un uomo per bene, di idee liberali ed è sempre il continuatore di quello che sta facendo alla proprio popolazione. Sarebbe ora che quei cosiddetti "buoni" avessero il coraggio di esserlo e dimostrarlo.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà

BENEDIKTER: Ich möchte nur sagen, daß der Ersteinbringer auf meine Frage erklärt hat, daß mein Antrag angenommen wird und damit kann er behandelt werden. Ich stelle nur fest, daß sich gerade die Grünen, die sich scheinheilig so sehr für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen, dagegen aussprechen. Dies wäre aufgrund von international rechtsverbindlichen Akten ein Fall, da ein Genozid im Gange ist, und in diesen Akten

steht, daß dann das Recht auf Selbstbestimmung auf jeden Fall zusteht. Ausgerechnet die Grünen sprechen sich dagegen aus.

Ich möchte nur noch sagen, daß es doch zu erwägen wäre, ob man nicht hier noch verlangen könnte - der Antrag ist ja am 17. September erneuert worden - daß wenigstens das Autonomiestatut, das sie gehabt haben und das 1989 von den Serben aufgehoben worden ist, wiederhergestellt werde.

Der Kollege Atz ist nicht da oder wer sonst darüber verfügt. Kann da jemand anderer darüber verfügen, daß man wenigstens verlangt, daß das Autonomiestatut, das sie gehabt haben, wiederhergestellt werde.

PRESIDENTE: Collega Benedikter, lei sa che, pur condividendo lo spirito del suo emendamento, non posso accettarlo se non c'è la disponibilità del primo firmatario, collega Atz. Perciò pregherei il collega Benedikter di chiedere al collega Atz la disponibilità.

La Presidenza è disponibile ad accettare il suo emendamento se c'è l'assenso da parte del primo firmatario del Voto.

Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha la facoltà.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. I colleghi dicevano che se ne ricordano in occasioni come questa, dove la forza delle armi e la brutalità dell'uomo si manifesta in maniera molto evidente, sopraffando gente che non può difendersi e che soprattutto chiede, vuole, desidera, ama la libertà e non altro. Un po' di responsabilità la abbiamo anche noi ritengo, come scelte politiche di questa nazione Italia e Regione Trentino-Alto Adige e Province autonome. Quando per necessità queste genti sono costrette ad emigrare per salvare i propri figli, per sfamarli, per dare una prospettiva alle loro famiglie e trovano su questo territorio ostacoli che sono ingiustificati, sono unità produttive, sono lavoratori, sono gente libera, che ha mente e braccia come noi ed è costretta ad emigrare per portare qualcosa a casa. Nel suo paese poi queste violenze sono metodi di pulizia etnica, di tutto quello che c'è dentro nelle attività, conosciute ormai nella disgregazione della ex Jugoslavia, di chi ha voluto vincere con la forza e non con la convinzione.

La condanna da parte nostra, come Rifondazione, rispetto queste cose c'è stata, ma non si deve limitare al Kosovo, oggi perché c'è il fatto del Kosovo, i curdi sono un esempio ormai decennale di come viene sterminato un popolo, da parte di nazioni che sono alleate dell'Italia ed anche dell'Europa. Questa è la dimostrazione che ci viene nascosto solo in talune occasioni, l'informazione porta alla ribalta fatti che sono conosciuti da chi è più attento o più informato, noi dovremmo sollecitare l'informazione, perché sia puntuale anche su tutti altri fatti che succedono nel mondo e l'azione politica nostra sia rivolta a fare in modo che questi popoli abbiano il diritto di vivere in pace e con la propria dignità economico e sociale.

Un richiamo a questa mancanza di informazione deve essere pur posto da qualcuno, non può essere solo quando ci sono delle fotografie che fanno rabbrivire, l'occasione per far conoscere il fatto, ci sono occasioni diverse, ma che sono simili, non tolgono la vita all'uomo, ma lo umiliano, lo costringono alla schiavitù e forse anche di

peggio, solo per uno spirito di conquista capitalista, che dà solo risposte al denaro e non assolutamente all'uomo come valore primario del mondo.

Questo è il giudizio che traggio da tale questione e che non può limitarsi solo alla condanna del Kosovo, ma tutti i luoghi del mondo dove ci sono pressioni, vandalismi e sopraffazione. Grazie.

PRESIDENTE: Solleciterei il collega Benedikter di presentare l'emendamento, che è stato accettato dal collega Atz.

Intanto concedo la parola al cons. Ianieri, prego.

IANIERI: Signor Presidente, colleghi e colleghe, noi ci approntiamo oggi a discutere e dare la nostra approvazione o meno ad un Voto che è stato presentato in Consiglio regionale nell'estate del 1996 e nell'estate del 1997 è stato poi emendato e ci accingiamo a discuterne per darne il voto solo alla fine dell'inverno del 1997-1998.

Un lasso di tempo che sicuramente lascia molto a pensare. Se avessimo discusso ed approvato questo Voto nell'estate del 1997, quando è stato emendato, molto probabilmente questo Voto avrebbe potuto trovare un certo sostegno ed una certa iniziativa politica anche in Parlamento, per cercare di evitare i fatti che oggi si sono ulteriormente aggravati. Vengono soffocati i diritti umani, la persona non esiste più, esiste solo la legge del più forte, la legge di chi è oggi considerato non impropriamente un criminale di guerra.

Noi andiamo oggi a discutere un Voto, con un successivo emendamento, dove non è stato aggiornato con l'emendamento a quelli che sono i fatti odierni; questo emendamento deve avere un ulteriore punto, dove bisogna andare a condannare fermamente chi prende iniziative del genere e chi si arroga il diritto di decidere della vita delle persone e di quello che deve essere il destino di una popolazione, qualunque essa sia, oggi nel Kosovo, ieri in altri paesi e domani ancora altrove.

Ecco allora, anche quello che si è verificato in seguito alla condanna di un criminale di guerra ed il capitolo è aperto perché penderà un ricorso alla cassazione, dico che ci vuole, anche dal punto di vista politico, una condanna ferma per questi atti e per quelle persone che si macchiano di simili crimini.

Pertanto voglio sperare che anche il collega Benedikter, che sta preparando un ulteriore emendamento, aggiunga una condanna ferma contro chi si arroga il diritto di decidere della vita delle persone del futuro dei popoli, una condanna che non può trovare nel modo più assoluto una soluzione. Mi riserverò poi se votare a favore o meno di questo Voto, in base anche all'emendamento che verrà presentato ed alle risposte che verranno date a questo mio intervento.

Comunque sono sicuramente a favore di iniziative di questo genere, ma nel nostro caso arriviamo con due anni di ritardo dal momento in cui è stato presentato il Voto, estate del 1996, emendato alla fine dell'estate del 1997, ne discutiamo alla fine dell'inverno 1997-1998, tenendo presente che nel frattempo si sono verificati fatti ancora più gravi e sono i fatti odierni quelli che maggiormente ci preoccupano. Di questo bisogna tenerne conto e va sicuramente condannato quello che si verifica. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Fedel, ne ha la facoltà.

FEDEL: Signor Presidente, signori colleghi, per annunciare da parte di Autonomia Trentino Integrale il voto favorevole a questo documento, per le motivazioni che sono state ampiamente ricordate dai colleghi che mi hanno preceduto e che noi condividiamo, siamo vicini alla tragedia che colpisce questa terra martoriata della Jugoslavia ed a tutte le conseguenze che ne derivano anche per la nostra nazione, a seguito degli sbarchi di clandestini, eccetera. Non voglio attardarmi in questa occasione su questo problema, ma ribadisco che comunque va punita e fermata una persona facilmente definibile un criminale di guerra.

Per questa ed altre motivazioni, Autonomia Trentino Integrale dà voto favorevole. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Leitner, ne ha la facoltà.

LEITNER: Danke, Herr Präsident. Auch wir stimmen selbstverständlich dem Begehrensantrag zu, auch wenn wir gerne gesehen hätte, daß der Abänderungsantrag des Kollegen Benedikter mit dem spezifischen Hinweis auch auf das Recht der Selbstbestimmung angenommen worden wäre. Nichtsdestotrotz stimmen wir aber zu.

Wie Kollege Ianieri schon gesagt hat, hätten wir schon vor zwei Jahren die Möglichkeit gehabt, hier eine klare Willensbekundung auszudrücken und auch einen Aufruf an das italienische Parlament zu richten, um eine Entwicklung zu bremsen oder abzufedern, die jetzt voll und ganz eingetreten ist. Als ganz einfacher europäischer Bürger stellt man sich in so einer Situation die Frage: zu was ist denn diese europäische Region eigentlich da? Wir haben festgestellt, daß sie ein weiteres Mal total versagt, wenn es darum geht, die Minderheitenrechte von Völkern zu garantieren. Sie tut nichts dagegen, daß Kriege ausbrechen und sie tut auch nichts dagegen, daß im Fall von Kriegen jene geschützt werden, deren Rechte mit Füßen getreten werden. Gerade die Südtiroler, die ja auch in ihrer Geschichte leidvolle Erfahrungen gemacht haben, sehen heute, daß es anderen gleich geht. Die Kosova-Albaner werden auch aus dem öffentlichen Dienst buxiert und bekommen diese Stellen nicht mehr. Hier ist ein Terrorregime aufgebaut worden und die Leute sehen sich fast gezwungen wegzugehen. Wenn wir nicht als Europäer ehestens handeln, dann werden wir die Probleme des Kosovos in anderen europäischen Staaten wiederfinden.

Umso unverständlicher ist es, wenn ich z.B. letztes Wochenende gesehen habe, daß in Deutschland die Grünen nicht einmal wollen, daß man friedensstiftende Maßnahmen von europäischer Seite aus trifft. Das wird schon als militärischer Eingriff gesehen.

Wir haben zwei Möglichkeiten, zuzuschauen wie sich Leute gegenseitig niedermetzeln oder etwas zu tun, vor allem auf der Seite der Schwächeren, auf der Seite der Schutzbedürftigen, und daß wir internationale Verträge und vor allem die Menschenrechte einhalten. Deshalb ein klares Ja zum Begehrensantrag.

PRESIDENTE: Dò lettura dell'emendamento, sottoscritto anche dal collega Atz, firmatario del Voto, che recita: aggiungere nella parte dispositiva questo punto: "Che venga ripristinato perlomeno lo status autonomo del Kosovo, che ha goduto fino al 1989". E' giusto come l'ho letto collega Benedikter? Va bene.

Ha chiesto di intervenire il collega Vecli, prego.

VECLI: La ringrazio, signor Presidente. Anche in altre occasioni ho sempre ribadito che una società matura si deve fare carico di problemi di carattere etico, sociale, morale ed in questo caso di carattere addirittura esistenziale. Uno stato civile, uno stato democratico non può far finta di nulla, non può non vedere quello che sta succedendo, che è successo e che purtroppo succederà a qualche decina di chilometri. Cosa aspettiamo che arrivi quella guerra in casa nostra? Quando uso questo termine non è certamente un paradosso, perché gli atti di violenza, le discriminazioni aberranti, le violazioni sistematiche e diffuse dei più elementari diritti umani e civili, questo continuo protrarsi di situazioni insostenibili, questo terrorismo di stato, comportamenti che non possono essere accettati, perché i comportamenti delle autorità serbe, della polizia, dell'esercito nei confronti della popolazione, che non sta registrando miglioramenti, ci deve spingere ad attuare tutte quelle forme che possono far cessare questo stato di cose.

Aveva ragione un collega che mi ha preceduto, mi sembra il cons. Ianieri, nel ribadire che questo Voto era stato presentato addirittura nel 1996 e purtroppo c'è stata forse una latitanza di questo Consiglio, che non ha preso posizione ferma, determinata ancora quando c'era tempo per azioni che potessero sicuramente essere più incisive e determinanti. Come non richiamarci a quelle risoluzioni, che sono state approvate dalle Nazioni Unite, proprio in merito alla situazione relativa ai diritti umani nel Kosovo e proprio quelle violazioni che sono state accertate dalla commissione delle Nazioni Unite sui diritti dell'uomo, queste cose sono state lanciate in maniera forte, ecco che allora dobbiamo adoperarci con azioni a tutti i livelli, per far sì che queste azioni abbiano a cessare.

Si devono esercitare pressioni politiche ed anche economiche commerciali per arrivare a dei risultati concreti, a dei risultati che possono dare sicuramente una risposta. Ecco che allora possiamo ritenerci d'accordo sulla conferenza internazionale sul Kosovo, possiamo sicuramente chiedere un intervento congiunto della Comunità Economica Europea, ma però - qua voglio aprire una parentesi - non possiamo far finta di nulla delle stragi degli Integralisti Islamici che vediamo continuamente riproporsi in Algeria, in Italia sono state raccolte oltre 200 mila firme, anche queste sono delle azioni che meritano grandissima attenzione, che non possiamo lasciar passare nel dimenticatoio.

Ci vogliono delle azioni forti, incisive a tutti i livelli. Ecco allora una condanna decisa, non equivocabile che lo impone una serie di argomentazioni non solo umane, ma anche etiche che provengono dalla nostra coscienza. Questo Consiglio non può non fare tutte le pressioni che è in grado di esercitare, tutta una serie di diritti

umani, civili, che vengono in continuazione calpestati, debbono cessare e dobbiamo impegnarci con tutte le nostre forze, proprio perché la nostra deve essere un'azione chiara, determinata ed incisiva. Grazie.

PRESIDENTE: Collega Benedikter, devo dare ulteriormente l'informazione, anche perché mi è stata chiesta dalla collega Zendron, c'è un emendamento aggiuntivo, che ho letto e che è stato concordato con il primo firmatario del Voto, per chiarezza lo rileggo: "Che venga ripristinato perlomeno lo status autonomo del Kosovo, che ha goduto fino al 1989".

Ha chiesto di intervenire il collega Morandini, prego.

MORANDINI: Grazie Presidente. In primo luogo per esprimere una ferma condanna di fronte ad atti così criminosi, che oltre a rappresentarsi come violazione dei diritti delle minoranze, sono prima ancora violazione della dignità delle persone e dei popoli. Abbiamo letto di cannoni contro i villaggi, di decine di morti di migliaia di persone in fuga, noi ci chiediamo che cosa voglia dire tutto questo oggi, dentro una comunità internazionale, che alla stregua di un diritto che la sorregge avrebbe tutti gli strumenti, dal punto di vista giuridico e non soltanto, per intervenire fortemente.

Allora perché chiediamo con forza che cessi la latitanza degli organismi internazionali a ciò deputati, perché il Kosovo ha diritto ad un'autonomia, se non addirittura all'indipendenza e perché ha diritto all'autonomia? Perché in una regione di questo tipo, contrassegnata da presenze pluriethniche ormai da decenni, queste presenze hanno dimostrato di essere in grado di sapersi governare da sole, senza il giogo di altri governi sul collo. Penso che questi fatti recentissimi, ma anche degli ultimi anni, dimostrino in maniera forte quanto stiamo affermando; allora la possibilità di autonomia per una comunità pluriethnica, che però sia fuori dal diritto di Belgrado.

Qualcuno ha parlato - mi riferisco ad autorevoli interventi internazionali - del Kosovo come la Gerusalemme della Serbia. Su questo giudizio sono particolarmente perplesso, dico soltanto che è necessaria una fortissima azione della comunità internazionale, finora fortemente latitante, ancora una volta non solamente su questa vicenda, anche su altre vicende che hanno interessato i Balcani, una fortissima pressione internazionale su Belgrado, proprio per l'autonomia del Kosovo, per far capire alla stessa Serbia che il Kosovo sarà sempre un peso, finché non avrà quanto meno l'autonomia, meglio se l'indipendenza, ma quanto meno l'autonomia, sia per la sua collocazione geografica, sia per la sua collocazione politica, sia per la presenza al suo interno di una serie di comunità di varia etnia e di vari costumi. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. Chiedo all'aula di pronunciarsi su questo Voto emendato.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? All'unanimità il Voto è approvato.

Riprendiamo il punto 1) dell'ordine del giorno: **Disegno di legge n. 63: Modifiche ed integrazioni alle leggi regionali concernenti interventi di previdenza**

integrativa e di assicurazione sociale, nonché nuovi interventi in materia (presentato dai Consiglieri regionali Saurer, Kasslatter-Mur, Achmüller, Denicolò e Frasnelli).

Siamo in discussione dell'emendamento all'art. 1, a firma dell'assessore Romano, come emendato da tutti gli altri emendamenti.

Qualcuno intende intervenire sull'emendamento?

Ha chiesto la parola il cons. Pinter, prego.

PINTER: Se ho capito bene stiamo votando il primo grosso emendamento all'art. 1, quello presentato dall'assessore Romano. E' chiaro che rispetto a questo abbiamo fatto una lunga discussione, dove sono stati interessati altri emendamenti, che credo non hanno peggiorato il testo dell'emendamento Romano, perché sono stati respinti quegli emendamenti, come quelli presentati dal cons. Morandini, che tendevano ad accentuare il carattere, non posso dire assistenzialistico, perché ho un'idea dell'assistenza che deve riguardare le famiglie veramente bisognose, invece le proposte di Morandini andavano anche in una direzione più che altro di assistenza anche alle famiglie piccolo-medio borghesi e quindi da questo punto di vista non so quale sarebbe il termine corretto, se non di redistribuzione della ricchezza forse o redistribuzione delle risorse pubbliche.

Quegli emendamenti tendevano a forzare ulteriormente un pacchetto che già è discutibile, circa il grado di efficacia dello stesso nell'affrontare alcune situazioni sociali, che indubbiamente meritano la nostra attenzione, mi riferisco a quei rilievi di carattere generale, che ho voluto fare in premessa, dove cioè il pacchetto famiglia, accanto ad alcuni interventi sostanzialmente corretti, perché tendono ad usare le risorse dell'autonomia per migliorare il grado di protezione sociale dei propri cittadini e quindi credo sia da questo punto di vista auspicabile, meno comprensibile è laddove, tentando di nascondere una natura assistenziale dietro la forma previdenziale, ha messo in moto meccanismi estremamente complessi e burocratici, con risultati molto discutibili in termini di redistribuzione delle risorse, perché spesso le risorse non raggiungono quelle famiglie che maggiormente meritano l'intervento, ma finiscono per premiare coloro i quali hanno cultura, strumenti e possibilità di accedere ai benefici della legge stessa.

Ecco che allora, come in alcuni casi si voleva sostenere, estendere le maglie di questo pacchetto famiglia al punto tale da determinare una fascia di intervento assolutamente non condivisibile e mi riferisco all'estensione di alcuni assegni alla famiglia stessa ed in un'ottica che tende a premiare la famiglia oltremodo, cioè anche laddove forse non è giustificata una politica di sostegno, quando invece le risorse pubbliche dovrebbero essere forse in alcuni casi indirizzate a sostegno della capacità di offerta dei servizi sociali, non come necessaria contrapposizione, che non la vivo come contrapposizione, ma l'ente pubblico deve raggiungere un adeguato equilibrio tra interventi a favore della famiglia ed interventi a favore di un'offerta di multiservizi che possano aiutare la famiglia stessa.

Si deve trovare un delicato equilibrio, credo che questo sia possibile, è chiaro che l'emendamento Romano, che riscrive complessivamente il testo della legge sul pacchetto, risente comunque dell'impostazione del pacchetto, questo ho cercato nei

miei emendamenti, alcuni oltretutto positivamente accolti, altri respinti, comunque direi che c'è stata una certa attenzione anche da parte dell'assessore di rendere migliore il testo in alcune parti, però è chiaro che l'emendamento in definitiva risente di quella che è l'impostazione complessiva del pacchetto famiglia e quindi è chiaro che i rilievi di carattere generale, che già ho fatto in sede generale, si mantengono validi anche per quello che riguarda l'emendamento complessivo dell'assessore Romano.

In alcuni casi la possibilità di accesso, a prescindere da discriminazioni eccessive per quello che riguarda la cittadinanza e quindi la possibilità che tutti coloro che si trovano nel nostro territorio possano accedere a questo tipo di benefici, l'esclusione di alcune sovrapposizioni che risulterebbero assolutamente ingiustificate, alcune di queste novità possono essere senz'altro accolte positivamente, rimane peraltro quella che è la considerazione di carattere generale sull'emendamento e rispetto al quale, quando tratteremo l'art. 3 in particolare, sosterremo le ragioni di un ripensamento complessivo del pacchetto famiglia, laddove a mio modo di vedere dovremo usare, destinare le risorse della nostra autonomia, per un ragionamento che vada a sostenere il cosiddetto reddito di cittadinanza o integrazione del reddito minimo, se non si vuole usare la denominazione di reddito di cittadinanza, cioè laddove dovremmo veramente pensare ad una politica di sostegno economico, che non si disperda in numerosi istituti di sostegno alla famiglia, che hanno il difetto, anche se l'assessore Romano ha tentato di rendere più snella l'erogazione anche dal punto di vista burocratico, però hanno il grandissimo difetto, motivato dal peccato originale, cioè di avere natura previdenziale, quindi di dover essere sottoposto alla sottoscrizione di un contributo per avere diritto al beneficio, spero che noi riusciamo a recuperare una natura diretta dell'intervento, quindi recuperare di fatto la natura strettamente assistenziale, quindi da destinare, come forma di sostegno, al reddito delle famiglie con un'integrazione al reddito minimo, con una integrazione del cosiddetto reddito di cittadinanza. Immagino che su questo avremo modo di discutere nel proseguo della discussione, quando arriveremo in particolare all'art. 3.

In conclusione, per quello che riguarda l'emendamento Romano, che è l'emendamento generale all'art. 1, quello interamente sostitutivo del rimanente testo di legge, abbiamo concluso la discussione sulle varie proposte emendative, adesso votiamo il primo pacchetto emendativo, perché è decisamente consistente, non posso che valutare con favore la portata di alcune modifiche, ma permanendo la struttura e l'impostazione generale del pacchetto famiglia credo di dovermi astenere su questo emendamento dell'assessore Romano.

PRESIDENTE: Vorrei ancora una volta informare l'aula che abbiamo accorpato tutta una serie di emendamenti ed il fascicolo è in via di distribuzione, questo lavoro lo abbiamo fatto per dare una forma ordinata e seguire attentamente l'evolversi del dibattito.

Ha chiesto di poter intervenire la cons. Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Grazie Presidente. Nonostante gli emendamenti che sono intervenuti nel corso di questa discussione si può dire che l'impostazione iniziale più o meno è la stessa e quindi anch'io in alcuni punti ripeterò quanto ho detto nell'ambito della discussione generale, che poi è avvenuta addirittura senza che fossero stati presentati tutti gli emendamenti e quindi in qualche modo al buio.

Devo dire che il problema di queste modifiche che noi inseriamo oggi sulla legge 4, perché l'art. 1 si riferisce alla legge 4, non modificano sostanzialmente quelli che sono i punti deboli, i 'peccati originali' li ha chiamati il collega Pinter, della legge, che credo siano più di uno e vorrei ricordare il primo, che è stato detto fin dall'inizio quando si è fatta questa legge, che ancora oggi è pienamente valido e cioè il fatto che non è mai stata fatta un'analisi dei bisogni nella nostra regione e che si è legiferato più sotto la spinta di pressioni e cercando di intervenire qua e là, a seconda delle idee che si avevano, piuttosto che non su quelli che erano effettivamente dei bisogni rilevati attraverso un'analisi di quelli che sono i problemi ed effettivamente i risultati sono esattamente questi e si possono vedere, l'esempio più chiaro, più evidente, che contrasta profondamente con la realtà è il fatto dell'assegno al nucleo familiare dato dal terzo figlio in poi.

Nelle nostre città, parlo per Bolzano, dove c'è una crisi demografica fortissima, non sono preoccupata perché la gente in fondo sceglie se fare più figli o meno, però se noi individuiamo una sofferenza nel fatto che in questa città non si fa mai il secondo figlio, non il terzo, dovremo chiederci il perché, cioè se consideriamo il risultato di una scelta non libera, ma condizionata dalle difficoltà di gestire un secondo figlio, allora noi lì dobbiamo intervenire, invece che cosa facciamo? Qui si è scelto di fare una politica di espansione demografica, come nei vecchi tempi, diamo soldi al terzo figlio e basta, ma se manca il secondo, l'intervento doveva essere fatto sul secondo, poi non so se l'intervento sia giusto monetizzarlo, perché la mia esperienza di donna che conosce altre donne è che la difficoltà sta nel funzionamento della società e soprattutto nella mancanza di servizi sociali.

Allora non voglio mettere in alternativa alcuni interventi di sostegno di tipo finanziario e quelli dei servizi, anche se è chiaro ed evidente che in un'aula dominata dagli uomini si tende a monetizzare e di non dare i servizi, mentre invece sicuramente le donne tenderebbero a dare i servizi e monetizzare solo o intervenire finanziariamente e correttamente solo nelle situazioni che effettivamente ne hanno bisogno. Qui arriva uno dei problemi di questa legge, che ovviamente l'intervento è di tipo previdenziale e quindi segue l'impostazione, che all'interno di questa logica e anche corretto viene dato dall'assessore Romano e cioè chi ottiene degli interventi. Il fatto è che se questo in teoria è giusto, nella fattispecie di cui trattiamo non è una cosa giusta, nel senso che avremo bisogno di interventi di tipo assistenziale in alcune situazioni specifiche e vedremo poi anche il grande fallimento di questo pacchetto, che è la legge sulla pensione alle casalinghe, cosiddetta, è uno degli elementi di difficoltà di questa legge.

Quindi a me pare che noi continuiamo ad intervenire anche con interventi finanziariamente molto consistenti, se presi nell'insieme, ma che in effetti non arrivano a risolvere quelli che sono i problemi reali, perché non sono individuati e perché non c'è

una concentrazione su questi problemi. Se ci fosse una individuazione fatta come si deve, si potrebbe intervenire in modo più preciso e mirato e non così genericamente come si continua a fare con questa legge, via via aggiustata, anche per poter utilizzare il bilancio della provincia, perché siamo arrivati al punto che per anni non si poteva utilizzare, perché non c'erano le disposizioni necessarie, cioè più soldi che idee e qualcuno potrebbe pensare più soldi che bisogni, salvo che questo non è vero, non è così, semplicemente i veri bisogni non si sa quali siano.

Voglio fare un'ultima osservazione sull'articolo che rimane, cioè l'indennità per gli infortuni domestici, dicendo che qui sarebbe opportuno un osservatorio che prestasse molta attenzione affinché non succedesse quello che è sempre il grande timore da me espresso e non solo da me e cioè che fatti di violenza domestica venga passato per infortunio. Mi sembra che questo sia il grande rischio dell'intervento che costituisce l'ultima parte di questo emendamento.

Complessivamente anche noi a suo tempo abbiamo votato contro questo disegno di legge e penso che ci asterremo, perché è rimasta l'impostazione che c'era l'altra volta, senza grandi miglioramenti, se non quello della abolizione della cittadinanza, questo ci sembra un passo avanti, perché apre sicuramente la porta alla fruizione da parte di questi servizi di persone che ne hanno effettivamente bisogno.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Ianieri, ne ha la facoltà.

IANIERI: Non per un intervento, una semplice richiesta di chiarimento. I pacchi di emendamenti che ci sono stati consegnati adesso sostituiscono quelli che avevamo? Li raggruppano e sono integrati? Adesso ci sono stati consegnati emendamenti all'1/bis, al 3, 3/bis, ter, quater, quinquies, cioè raggruppano tutti i precedenti emendamenti distribuiti nel passato o no? Solo per capirci, perché altrimenti non sappiamo come muoverci.

PRESIDENTE: Rimangono in piedi gli emendamenti presentati, li abbiamo fascicolati per dar modo al consigliere di poter seguire in maniera più precisa l'evolversi del dibattito.

Qualcuno intende intervenire? Ha chiesto la parola la collega Chiodi, ne ha la facoltà.

CHIODI: Signor Presidente, siamo arrivati alla fine di questo tremendo articolo e di questa legge così pasticciata che non si capisce niente, non riesco a capire come questa legge abbia potuto arrivare in aula, perché qui più leggiamo gli articoli, più leggiamo gli emendamenti e meno si capisce, alla fine quando questa legge sarà riscritta, vorrò proprio vedere cosa siamo arrivati a votare in quest'aula. Sembra che il problema elettorale sia stato decisamente più importante che un problema vero, che era il problema di questa legge.

Le legge che andiamo a sostituire, la n. 4 del 1992, avremmo avuto benissimo il tempo per verificare cosa è successo di questo pacchetto di disegni di legge,

chiamato pacchetto famiglia, quali erano stati i benefici e le ricadute, invece noi non siamo stati in grado di venire in aula con un discorso chiaro, siamo venuti in aula con un pasticcio tremendo, non esiste più l'albo, per fortuna perché anch'io avevo criticato l'albo delle casalinghe, dove le donne si dovevano iscrivere a 18 anni, che mi sembrava una follia, però dal 1992 ad ora avremmo potuto istituire una lettura di questi interventi per riuscire a capire dove abbiamo speso i nostri soldi, quanto abbiamo speso per le donne, perché questo era principalmente il motivo del nostro intervento anche nella passata legislatura, quanti sono stati i benefici e sapendo che non sono stati alti, avremmo potuto renderci conto che potevamo fare dei passaggi diversi.

In merito al ragionamento che veniva fatto prima per gli assegni familiari, concederli dopo il terzo figlio è una follia, perché non conosco la situazione di Bolzano, ma a Trento quante sono le donne che hanno tre figli!

Assessore Romano, secondo il nostro punto di vista andiamo ancora a dare benefici ad una categoria intermedia di gente mezza benestante, allora le donne che non hanno soldi e sono sposate con impiegati ed operai sono costrette ad andare a lavorare altrimenti non mangiano e non hanno nemmeno i soldi per pagare le quote che qui abbiamo da pagare, come non hanno i soldi per pagare i contributi dell'INPS che c'erano una volta, a queste persone dobbiamo offrire servizi.

La situazione in Trentino, ad esempio, è disperata per il lavoro femminile, perché l'ha sempre detto anche lei, però in tutti questi anni non siamo riusciti a dare risposte e tutte le volte che ci troviamo diciamo: la situazione è difficile per il Trentino, gli uomini che escono dal mercato del lavoro, meno problemi abbiamo sui giovani, eccetera, perché credo che in tutti i documenti usciti dalla Giunta provinciale trentina, sono sempre state le situazioni deboli, handicappati, donne e anziani.

Nella legge del 1992 c'era un passaggio importante per le donne che ci hanno sempre contattato, che è stato il riconoscimento del lavoro casalingo, dal 1992 abbiamo dato gli assegni di natalità, che sono stati una cosa in certi momenti folle, ma questo lo sa anche lei, lo sappiamo noi chi è andato a prendere i soldi per l'assegno di maternità; il discorso degli assegni familiari lo conosciamo ugualmente, allora ci mettiamo sì o no in testa che non possiamo legiferare in questa maniera, che quando veniamo qui legiferiamo su interventi come questi, che sono sempre sull'orlo della previdenza e dell'assistenza, perché possiamo ben raccontarcela, però siamo sempre su un crinale molto difficoltoso e sappiamo benissimo che con questi soldi e con queste leggi avremo dovuto intervenire sul discorso della previdenza, ci troviamo sempre a fare un miscuglio di cose, mai ben definito, in un momento particolarmente difficoltoso, dove tutti corriamo per essere i più bravi e trarne un beneficio personale.

Cari signori, leggi come queste, così raffazzonate, non sono leggi di impianto, dove diciamo alle Province che vogliamo intervenire così, dove i soldi delle Regioni vengono usati in una certa maniera, queste sono proposte prettamente elettorali!

E' una schifezza che ci troviamo sempre in quest'aula a discutere senza una preparazione e senza una proposta di un certo livello di questi argomenti.

E' questa una cosa che mi fa più arrabbiare, perché avremo avuto con i soldi della Regione, con il tempo, dal 1992 quando è uscito il pacchetto famiglia, che era il

primo che agiva in questo modo in Italia, se non con altri piccoli interventi in alcune altre regioni, avremo potuto essere in grado di venire in questa legislatura con un impianto ben strutturato per dare realmente risposta, innanzitutto alle persone che ne hanno effettivamente bisogno e poi nel vedere come integrare tutta una serie di processi, siccome le due province sono fundamentalmente molto diverse, sul come intervenire.

Non lo abbiamo fatto, non c'è ombra di dubbio che alcuni passaggi sono più positivi, di conseguenza anche il mio gruppo si asterrà su questo articolo, assessore Romano, però credo che discutere su un disegno di legge di questa portata in questo modo, sia una cosa sconcertante.

Per fortuna le mie colleghe mi dicono anche alcuni passaggi che sfuggono, davvero è incredibile che una Giunta porti un disegno di legge di questa portata, è una cosa vergognosa, perché, assessore Romano, alla fine in questo disegno di legge ci saranno degli errori che non ci rendiamo neanche conto e che avremo potuto evitare se ci fossimo preparati, se fossimo stati in grado di avere un testo scritto come si doveva e se fossimo stati in grado di fare una discussione un pochino più preparata e più aperta.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich wollte eine Erklärung verlangen, da steht nämlich im ersten Absatz: den Personen, welche die Voraussetzungen erfüllen sowie den Lohnabhängigen, Pensionisten und den in den Arbeitsvermittlungslisten eingetragenen Arbeitslosen wird unbeschadet der in Absatz 65 enthaltenen Bestimmungen für jedes Kind oder jede gleichgestellte zu Lasten lebende Person eine Ergänzung zum Familiengeld ausgezahlt.

Da hätte mich interessiert, ob diese Ergänzung durch den Beitrag, den der Versicherte leistet, gedeckt ist oder kommt er aus der Sozialfürsorge?

Ich bin inzwischen von Deutschland her darauf aufmerksam gemacht worden, daß in Südamerika die Altersversorgung reformiert worden ist, und da wird z.B. in Chile seit kurzem im Rahmen des chilenischen System der Rentensparkonten vorgesehen, daß die tatsächliche Höhe des Pensionsanspruches eines Arbeitnehmers davon abhängt, wieviel Geld er im Laufe seines Lebens angespart hat. Weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer zahlen wie im alten System Sozialabgaben an den Staat, statt dessen zahlt der jeweilige Arbeitgeber monatlich 10% vom Lohn des Arbeitnehmers auf dessen eigenes Rentensparkonto ein und das während der gesamten Lebensarbeitszeit. Der Arbeitnehmer kann wählen, welcher er auf dem Markt tätigen Rentenfondsverwaltungsgesellschaften die Verwaltung seines Rentensparkontos anvertrauen will. Diese Finanzdienstleistungen unterliegen strenger staatlicher Aufsicht und sind verpflichtet, ausschließlich unterschiedliche Wertpapiere mit geringem Risiko zu erwerben. Jede dieser Rentenfondsverwaltungsgesellschaften verwaltet praktisch einen Investmentfonds in Aktien und Obligationen. Es besteht keinerlei Verpflichtung dazu, Gelder in Staatsschatzbriefe oder Regierungspapiere anderer Art zu investieren. Dem Arbeitnehmer steht es frei seine Verwaltungsgesellschaft zu wechseln. Jeder Arbeitnehmer erhält für sein Rentenkonto ein Sparbuch und alle drei Monate informiert ihn der Kontoauszug darüber, wieviel Geld er auf seinem Konto angespart und was sein

Investmentfonds damit erwirtschaftet hat. Das Konto wird unter dem Namen des Arbeitnehmers geführt und es ist sein persönliches Eigentum und wird zur Zahlung seiner Altersrente verwendet.

Schon heute stehen benutzerfreundliche Computerterminals zur Verfügung, mit denen der Arbeitnehmer aus dem derzeitigen Kontostand und dem gewünschten Rentenalter seinen künftigen Rentenanspruch errechnen kann. Er kann aber auch angeben wie hoch die Rente ist, die er erwartet und dann den Computer die Frage stellen, wieviel er jeden Monat einzahlen muß, wenn er mit einem bestimmten Alter in den Ruhestand gehen möchte. Das System der Rentensparkonten ist völlig unabhängig von dem Unternehmen bei dem ein Arbeitnehmer beschäftigt ist. Der Arbeitnehmer kann sein Konto sozusagen mitnehmen, das auch leicht von einer Rentenfondsverwaltungsgesellschaft zur anderen transferiert werden kann.

Die Leistungen des neuen privaten Systems, das da so kurz beschrieben worden ist, liegen jetzt bereits zwischen 50-100 Prozent höher als die nach dem früheren Umlagesystem gezahlten Renten, wie es bei uns herrscht, und das von der privaten Rentenversicherung verwaltete Vermögen beläuft sich in Chile auf 25 Milliarden Dollar. Das entspricht in etwa 40% des chilenischen Bruttosozialproduktes von 1995 und die Sparquote hat sich seit dem Inkrafttreten dieser Reform auf 27% des Bruttosozialproduktes erhöht, während die Arbeitslosenquote mittlerweile nur noch 5% beträgt. Noch drei andere Länder Lateinamerikas sind dem erfolgreichem Beispiel Chiles gefolgt. In Argentinien, Peru und Kolumbien wurden ähnliche Reformen in Angriff genommen.

Genau das, was eigentlich mit dem italienischen Reformgesetz gemeint war, dem Reformgesetz Nr. 421 vom 23. Oktober 1992, in dem die Reformgrundsätze lauten: Freiwilligkeit, Mindestalter bei Frauen 60 Jahren und bei Männern 65 Jahren, kein Arbeitsverhältnis mehr und 20 Jahre Versicherungszeit, Eigenfinanzierung durch Beiträge. Es besteht also dieses private System, bei dem der Arbeitnehmer oder wer auch immer versichert werden will. Er kann also aufgrund des Lohnes selber entscheiden. Den Lohn, den er bekommt, legt er an und erzielt also eine Versicherung, die er selber bestimmen kann, und zwar sowohl die Zeit, innerhalb welcher er dann die Rente bekommen soll als auch die Höhe. Es hängt rein von seinem Sparwillen ab, und der Sparwille wird gefördert, indem ja keine Abgaben mehr an den Staat oder an die staatliche Sozialversicherung geleistet werden müssen.

In Chile besteht das System seit 1980 und es hat sich inzwischen derart bewährt, daß eben die Leistungen des neuen privaten Systems 50-100 Prozent höher liegen als die Leistungen nach dem sogenannten Umlagesystem d.h. mit Beiträgen an die öffentliche Hand. Die Sparquote ist auf 27% des Bruttosozialproduktes gestiegen und die Arbeitslosenquote ist wesentlich gesunken. Ich glaube es wäre zu beherzigen, daß so etwas, das sich in Südamerika bewährt hat, das meinerwegen weniger modern organisiert ist als Europa - anscheinend wird es jetzt auch in Australien eingeführt - sich bei uns umso mehr bewähren müßte, wo man eben mit dem verstaatlichten Rentensystem die bekannten schlechten Erfahrungen gemacht hat. Das würde meiner Ansicht nach wirklich in die Zuständigkeit der ergänzenden Vorsorge von seiten der

Region fallen, wo nur diese ergänzende Vorsorge das staatliche System ersetzt. Man ist in keiner Weise mehr auf Fürsorgeleistungen aus dem Steuergeld angewiesen, so wie es hier bei uns bei der sogenannten Ergänzungsvorsorge der Fall ist, wo ja die sogenannten Versicherungsleistungen zu 90% aus Steuergeldern stammen, Fürsorgemittel, die also die öffentliche Hand mit den Steuergelder finanziert.

Wir haben also hier gesehen - und die Zahlen sprechen ja für sich -, daß eben auf diese Weise der Sparwillen gefördert worden ist. 27% des Bruttosozialproduktes macht es aus. Dementsprechend sind dann die Investmentfonds angewachsen und die Wirtschaft ist damit gefördert worden, wenn es heißt, daß sich das von der privaten Rentenversicherung verwaltete Vermögen auf 25 Milliarden Dollars in Chile beläuft und das sind 40% des Bruttosozialproduktes und der Arbeiter kann selber wählen und bestimmen, welcher Rentenfondsverwaltungsgesellschaft er die Verwaltung seines Rentensparkontos anvertraut. Er kann selber berechnen, wie lange er zahlen will und wann er die Rente erhalten will und dementsprechend regelt er das Einzahlen in den Rentenfonds. Er kann angeben wie hoch die Rente sein soll, die er erwartet und dann dem Computer die Frage stellen, wieviel er jeden Monat einzahlen muß, wenn er mit einem bestimmten Alter in den Ruhestand treten möchte und das unabhängig vom Unternehmen bei dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini, ne ha la facoltà.

MORANDINI: Grazie Presidente. Sento di intervenire nel dibattito su questa votazione, che è relativa ad una serie di passaggi importanti, sia per interloquire con il collega Pinter, sia con qualche altra affermazione che ho sentito fare nel corso di questo dibattito.

Non corrisponde al vero, Presidente, che qui si stanno avvantaggiando, beneficiando le famiglie socialmente medio-alte, corrisponde al vero invece e questo è il mantenimento dell'impianto delle leggi del pacchetto famiglia, che sottoscrivo pienamente, corrisponde al vero che si tratta di interventi di natura previdenziale.

Sappiamo bene che talvolta non è facile distinguere fra la previdenza e l'assistenza, comunque previdenziale in questo meccanismo significa che ogni qualvolta c'è versamento contributivo da parte di soggetti relativamente ad un evento, per un certo periodo costante, questi soggetti hanno diritto di ricevere, al verificarsi dell'evento, sia esso la nascita, la cura dei figli, degli anziani non autosufficienti eccetera, un corrispondente riconoscimento finanziario. Allora è collegato di volta in volta con l'evento della nascita, con l'evento della cura dei figli o dei familiari non autosufficienti.

Mi ricollego con quanto diceva prima la collega Zendron, ha ragione la collega a dire che si poteva cogliere l'occasione, che allora io proposi, ma che non fu accolta dalla maggioranza del Consiglio per far decorrere gli assegni familiari dal primo figlio in avanti, perché oggi sicuramente la gran parte di famiglie si trovano con uno, due figli, la media mi pare sia 1,2 in Italia e quindi sarebbe stato doveroso, mi riferisco alla Giunta in particolare, partire dal primo figlio, in questo senso andava uno dei contenuti delle norme della nostra proposta.

Faccio anche presente che noi abbiamo registrato nel corso del dibattito su queste modifiche, con una particolare amarezza, il bocciare l'assegno di cura fino a tre anni, lo dico all'assessore Romano che ha difeso l'impostazione della Giunta fino a due, perché sarebbe stato molto importante consentire di collegare questo servizio che la famiglia fa nell'educazione dei bimbi nella primissima infanzia, da zero a tre anni, collegarlo con la scuola materna e quindi dare questa ulteriore possibilità di scelta e la bocciatura che c'è stata di un nostro emendamento, sempre da parte della maggioranza, relativamente all'assegno di natalità, di fronte alle gravidanze impreviste. Faccio presente che non sono molte queste situazioni, ma che molte volte nella concreta applicazione hanno aiutato fortemente le donne che si sono trovate una gravidanza non voluta o imprevista, hanno aiutato fortemente il fatto di poter godere di questo assegno di natalità ad accogliere la vita, comunque questo non è andato.

Peraltro debbo dire che parecchie delle proposte, lo riconosco, mi rivolgo alla Giunta regionale in particolare, contenute nel disegno di legge che abbiamo presentato, io con altri colleghi, sono state accolte e quindi per questa ragione abbiamo volutamente, motivatamente ritirato il nostro disegno di legge.

Ha detto il collega Pinter che gli emendamenti presentati dalla Giunta e da qualcun altro, che in sostanza sono stati in gran parte accolti, risentono dell'impostazione originaria del pacchetto famiglia, io dico: certo risentono dell'impostazione originaria alla luce dell'esperienza di questi abbiamo cercato di migliorarla, però ritengo che questa impostazione originaria mantenga tutta la sua positività e se non può servire il mio parere, l'ho già citato nel corso della discussione precedente, faccio riferimento ad uno studio che ha commissionato l'università di Bologna e che è comparso su quotidiani nazionali di qualche mese fa, in cui facendo un esame della legislazione regionale in materia della famiglia, è stato posto il Trentino-Alto Adige al primo posto per una serie di interventi, che sono appunto quelli che oggi ci accingiamo a modificare.

Certamente tutto è perfettibile, però sicuramente non è corretto e non è fondato dal mio punto di vista, anche suffragato da autorevoli studi e ricerche in questo senso, dire che tutto va buttato, anzi direi proprio l'opposto, poi che si possa emendare e modificare siamo qui per quello, quindi ben venga.

Allora faccio presente un'ultima cosa. Abbiamo sentito parlare di diritti di cittadinanza e mi riconosco molto in quello che ho sentito dire prima da alcuni colleghi, vorrei peraltro spezzare una lancia anche per un altro tipo di cittadinanza, signor Presidente e signora Giunta regionale e cioè è ora e tempo di pensare che deve esserci anche dentro le leggi, oltre che dentro la cultura, una cittadinanza della famiglia e una cittadinanza del lavoro femminile, in particolare del lavoro che è svolto dentro le mura domestiche, senza togliere al lavoro fuori, non voglio mettere gli uni contro gli altri, ma siccome ci sono situazioni oggi dove o per scelta o per necessità, in gran parte le donne, in qualche caso gli uomini, svolgono lavoro casalingo, penso vada data cittadinanza anche a questo. Già le leggi in vigore del pacchetto famiglia lo riconoscono, penso che andare in questa direzione è cercare che le donne siano discriminate, in particolare mi riferisco alle donne e chiaramente prevedere che possano rientrare nel mercato del

lavoro, allorquando godono di questi istituti. Su questo versante mi rendo conto che la legislazione dello Stato dovrebbe darci fortemente una mano.

Allora dicevo cittadinanza anche della famiglia, non per fare questioni ideologiche, signori, non è questo il problema, perché la famiglia ormai si sta rivelando un centro forte, capace anch'essa, come altri, ma certamente anche la famiglia di erogare servizi, si sta rivelando nella sua concretezza, si sta rivelando capace di legare fra loro le generazioni diverse, pur con tanti limiti che possiamo avere, perché siamo tutti soggetti che compongono le famiglie, quindi vi portiamo dentro i nostri limiti, ma anche i nostri pregi, che è capace di far nasce e costruire dentro la persona un senso di appartenenza.

Allora certamente anche i diritti di cittadinanza, che ho sentito nominare prima, ma anche una cittadinanza della famiglia, come centro di servizi capace di erogare servizi alla primissima infanzia, agli anziani, ai familiari invalidi, eccetera. Da questo punto di vista penso che se andiamo a migliorare ulteriormente le leggi oggi in vigore, faremo certamente un servizio positivo alla collettività.

Come dichiarazione di voto, signor Presidente, noi voteremo l'emendamento in discussione, proprio perché recepisce moltissime delle nostre osservazioni e delle proposte fatte con il nostro disegno di legge, abbiamo fatto la puntualizzazione sui passaggi che non abbiamo condiviso, abbiamo fatto la battaglia, però ci pare corretto dire che certamente trova questo il nostro voto favorevole. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Kury, ne ha la facoltà.

KURY: Ich hatte bereits in der Generaldebatte angedeutet, daß ich den Abänderungsantrag Romano zu Art. 1 deshalb positiv beurteile, weil er vor allem die Lesbarkeit des gesamten Gesetzes verbessert. Es ist hier einfach eine Strukturveränderung in der Anordnung passiert, in dem eben nicht Einzel- oder Detailregelungen formuliert worden sind und indem auch einige inhaltliche Verbesserung stattgefunden haben, die ich ohne weiteres auch noch einmal hier positiv hervorstreichen möchte. Bleibt, Assessor Romano und Landesrat Saurer, die gesamte Problematik, wie man denn das Familienpaket und den Art. 1 des Familienpaketes ideologisch beurteilt.

Weil Abgeordneter Morandini vor mir gesprochen hat, muß ich ihm hier ganz einfach widersprechen bzw. möchte ich darauf hinweisen, daß es offensichtlich ganz unterschiedliche Meinungen dazu gibt, ob nämlich jene Maßnahmen, die auch im Artikel 1 Eingang gefunden haben, wirklich geeignet sind, eine „fortschrittliche Familienpolitik“ bzw. eine „fortschrittliche Frauenpolitik“ in Zukunft zu gewährleisten. Hier kann mein Urteil nur negativ sein. Ich denke, daß dieses Familienpaket, das in Wahrheit im Gegensatz zu all dem Getöse in den Medien ein Familienpaketchen ist, wirklich eine ganz kleinkrämerische Veränderung von einigen wenigen Ziffern beinhaltet. Dieses Familienpaketchen ändert nichts an der Substanz bzw. kein Beitrag leistet die gesellschaftliche Aufgabe, die die Familie hat, nämlich beide Geschlechtern in gleichem Maße einzubeziehen. Ich glaube das wäre eigentlich eine zukunftssträchtige Aufgabe, die wir hier zu erfüllen hätten.

Wir tun im Grunde mit diesem Familienpaketchen nichts anderes, als die Rollenverteilung, die tatsächlich in der Gesellschaft verankert ist, nämlich daß die Aufgabe der Familienbetreuung fast ausschließlich eine Aufgabe für die Frauen ist - das fand ja auch in der Terminologie hier Eingang - zu unterstützen. Man will die Betreuungszulage nur den Frauen ausbezahlen, als ob die Männer keinen Anteil hätten, daß es weiterhin Familien gibt. Ich denke man hätte sich hier wirklich die Mühe machen können, das zu tun, was in anderen fortschrittlichen Ländern diesbezüglich auf politischer Ebene getan wird: das was wir zwar verbal alle wollen, nämlich die gleiche Verantwortlichkeit von Mann und Frau bei der Betreuung von Kindern und alten Leuten und jenen Familienmitgliedern, die schwach sind, weil sie behindert sind oder sonst Integrationsprobleme haben; diese Verantwortlichkeit muß auf allen Schultern lasten.

Ein Beispiel: in Schweden z.B., ein Land, das ich bezüglich sowohl Chancengleichheit aber auch bezüglich Sozialmaßnahmen äußerst schätze, bindet die Auszahlung einer längeren Betreuungszulage an die Bedingung, daß Mann und Frau sich diese Rolle teilen. Also, wenn eine Frau Betreuungszulage in Anspruch nimmt, dann bekommt sie sie eine bestimmte Zeit lang, aber wenn diese Betreuungszulage verlängert werden soll, dann muß auch der Mann in den Wartestand treten und wenn wir uns das einmal bewußt machen, was das eigentlich insgesamt für eine Veränderung mit sich bringen würde, dann würde es ganz einfach die Gesellschaft normal finden, daß Männer auch einen bestimmten Lebenszeitraum zu Hause sind ohne sich der Lächerlichkeit der Stammtischgenossen auszusetzen. Frauen wären damit auch in ihrem Beruf nicht mehr weiter von vornherein aufgrund der Tatsache benachteiligt, daß es ja sie sind, die zwischenzeitlich aussetzen und daß z.B. Pensionsauszahlungen dann die Kürzungen aufgrund von Warteständen Männern und Frauen in gleichem Maße treffen würden u.s.w. Da gäbe es europaweit tatsächlich vorbildhafte Modelle und wir tun das nicht.

Eine zweite Frage möchte ich hier anschließen. Wir wissen, daß in den letzten Jahren - ich habe hier die Ziffern zusammengefaßt - von 1992 - 1998 100 Milliarden Gelder circa nicht benutzt worden sind, weil die Bedürfnisse offensichtlich nicht da waren oder weil man falsch gerechnet hat. Es sind 100 Milliarden flöten gegangen für eine Familienpolitik und für eine Frauenpolitik. Ich frage wirklich die zuständigen Assessoren hier, ob sie der Meinung sind, mit so kleinkrämerischen Änderungen tatsächlich die Bedürfnisse richtig kalkuliert zu haben. Ich möchte meine Zweifel dazu äußern.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Alessandrini, ne ha la facoltà.

ALESSANDRINI: Intervengo per confermare il giudizio critico del nostro gruppo sull'insieme di questo disegno di legge, su questo articolo e soprattutto sull'ispirazione complessiva, che ha guidato sia il disegno di legge originario, da cui sono scaturite poi le proposte emendative e l'evoluzione che ha accompagnato questo disegno di legge nelle modifiche via via concordate, anche abbandonando invece intuizioni ed ipotesi,

sulle quali noi abbiamo fondato la nostra proposta politica nel momento in cui facevamo parte della maggioranza che reggeva questa Regione.

Credo che nel panorama molto sconcertante, che caratterizza la politica del nostro paese nei riguardi della famiglia, anche modesti interventi come quelli possono chiaramente assumere un rilievo particolare. Però io credo che se il collega Morandini fa riferimento ad indagini specifiche, condotte sull'argomento delle politiche a favore della famiglia, credo che la premessa di queste indagini sia appunto la descrizione del tutto sconcertante che ha accompagnato 50 anni di vita politica nel nostro paese, che non hanno visto nessuna politica organizzata a favore della famiglia.

Solo ultimamente, per iniziativa di questo governo, si comincia a parlare di consistenti detrazioni a favore della famiglia nella politica fiscale, si comincia finalmente a parlare di congedi parentali, non di congedi per la madre, ma congedi parentali, si comincia in sostanza a pensare che la politica della famiglia si risolve non con modeste regalie in occasione di eventi particolari, ma con coerenti politiche fiscali, con coerenti politiche di sviluppo, con coerenti politiche a favore del soggetto famiglia in quanto tale e non dell'uno o dell'altro dei componenti della famiglia.

Qui siamo di fronte ad un modesto intervento, in occasione di particolari eventi che caratterizzano la famiglia, pietrificando il ruolo della donna all'interno della famiglia, quando tutto ormai invoca una flessibilizzazione dei ruoli, chiamando ciascuno a svolgere il ruolo a cui è chiamato anche all'interno della famiglia, sia esso maschio o femmina e si vuole contrabbandare questo modesto intervento come chissà quale politica di intervento a favore della famiglia.

Con una distorsione che più di altre la dice lunga sulla qualità di questo intervento, qui si contrabbanda come politica previdenziale quella che è una modesta, limitata, praticamente senza risultati, politica dell'assistenza. Occorre fare chiarezza, siamo di fronte a previdenza quando certo si pagano dei contributi ed in relazioni ad eventi si ottengono delle risorse, ma i requisiti fondamentali di qualsiasi sistema previdenziale, a meno di non fare appunto la fine che hanno segnato i sistemi che noi conosciamo, è l'equilibrio finanziario fra risorse che si immettono nel sistema e contributi che questo sistema paga. Qui non c'è alcuna relazione fra finte contribuzioni, che si assegnano alla famiglia e quindi vale poco a riferirsi a pagare per due anni, per cinque anni, eccetera, non c'è alcuna relazione fra contributi versati e sostegni erogati. Quindi questo sistema è minato al suo interno e non risponde a nessuno dei requisiti che richiede un sistema previdenziale che voglia definirsi tale.

Sappiamo che la confusione sotto questo profilo, la confusione fra assistenza e beneficenza, il non aver preventivamente garantito gli equilibri finanziari o essere rimessi a equilibri finanziari tipici di epoche nelle quali le caratteristiche demografiche della popolazione erano ben altre, perché erano molto più le persone che entravano nel mondo del lavoro di quelle che uscivano e quindi noi continuiamo a fingere di applicare questi criteri previdenziali, in contesti che sono ben altri rispetto a quelli immaginati e non prendendo nemmeno lezione da quello che è successo, per esempio nel nostro paese, a livello di previdenza generale, nella quale la confusione fra assistenza e beneficenza e non aver adeguato la contribuzione in tempi ravvicinati, non aver

adeguato il sistema della contribuzione al sistema della erogazione dei benefici, ha portato alla bancarotta del nostro sistema, a cui con grandi sforzi questo governo tenta di rimediare per evitare il tracollo definitivo di qualsiasi prospettiva di mantenimento, anche a favore delle prossime generazioni dei benefici dello stato sociale.

E' in rapporto a queste elezioni che un po' alla volta, a partire dai governi del '92 in avanti, che si comincia ad adeguare questo sistema, perché le pensioni complementari sono esattamente nella logica che ricordava prima il collega Benedikter, cioè sono sistemi a capitalizzazione, nella quale si riceve esattamente quello che si è versato, appunto gestendo bene poi il risparmio complessivo.

Quindi il nostro paese si sta incamminando verso riforme che sono tali, noi continuiamo a perseguire con la confusione fra assistenza e beneficenza, continuiamo a proseguire nella strada del nessun rapporto di medio e lungo periodo per garantire gli equilibri finanziari di questo sistema, trascurando proposte come quella contenuta in un emendamento presentato dal sottoscritto, che è stato bocciato dall'aula e che tendeva a costruire un sistema di obiettivi di eguaglianza per la tutela della paternità e della maternità.

Sappiamo che nel sistema del lavoro pubblico ci sono molti istituti, che sono servizi per valorizzare il ruolo della famiglia, bastava che applicassimo al settore privato impiegando una quota inferiore delle risorse che oggi distribuiamo a pioggia, senza alcun riscontro effettivo, bastava che applicassimo una quota di queste risorse per questo 'pacchettino famiglia', giustamente come è stato detto, per risolvere questo grande problema, avere finalmente un istituto e dei congedi parentali all'altezza di una situazione di civiltà come quella a cui noi miriamo.

Abbiamo perso anche quella strada, siamo di fronte ad una modestia di proposta che non vale certamente essere chiamata riforma.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Klotz, ne ha la facoltà.

KLOTZ: Herr Präsident! Da Sie jetzt mehrmals geläutet haben, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir gemäß Artikel 86 in der Debatte über die einzelnen Artikel zehn Minuten Redezeit haben, nicht fünf Minuten - Artikel 86 - wir sind ja bei der Debatte zum Gesamtartikel 1, nicht? - das nur zur Geschäftsordnung.

Zum Artikel 1 in seiner Gesamtheit: Es handelt sich also um die Maßnahme...

PRESIDENTE: Volevo risponderle, è un emendamento all'articolo e quindi il tempo previsto dal regolamento è di cinque minuti.

KLOTZ: Herr Präsident, also ich kann Ihrer Logik da nicht ganz folgen, bitte erörtern Sie das noch, denn mit der Abstimmung, die jetzt ja folgt, wird über den gesamten Artikel 1 abgestimmt. Die einzelnen Abänderungsanträge haben wir ja bereits behandelt und bei dieser Abstimmung geht es ja jetzt darum, ob dieses Gesamtpaket von Änderungsanträgen angenommen wird oder nicht. Es geht um die gesamten Änderungen

und ich habe festgestellt, daß Sie zunächst ja überall zehn Minuten vorgesehen haben, also eingeblendet haben.

PRESIDENTE: Cons. Klotz, lei segue attentamente i lavori del Consiglio ed è un apprezzamento che le devo fare, però è un emendamento all'emendamento e come tale non posso che concederle cinque minuti. E' ben vero che la Presidenza o chi per conto della Presidenza si è sbagliata, ma da uno sbaglio non possiamo perseverare, è stato solo ed esclusivamente uno sbaglio che abbiamo consentito a qualche collega di utilizzare dieci minuti, poi non consumati.

E' un emendamento all'emendamento e come tale non posso fare niente, collega Klotz, lei deve capire, è un emendamento all'art. 1.

KLOTZ: Ja ja, ich mache daraus keine Grundsatzdiskussion. Es wird dann ja so sein, daß eben nachher noch einmal möglicherweise die Diskussion abgeführt werden muß, zum Gesamtartikel, aber das bleibt sich dasselbe. Wir werden ja sehen, Herr Präsident, so wie ich die Sache verstanden habe, ist nach dieser Abstimmung über den Gesamtartikel 1 eben abgestimmt. Infolgedessen ist das jetzt die Debatte zum Artikel 1, zum so geänderten Artikel 1. Aber bitte sehr, ich werde auch in fünf Minuten das unterbringen was ich zu sagen habe.

Es handelt sich hier in diesem Artikel vor allen Dingen um die Versicherungsleistungen im Zusammenhang mit Geburtengeld, mit Familiengeld und mit Betreuungszulage. Das einmal. Ich habe aus Überzeugung jene Vorschläge unterstützt, die darauf hinausgelaufen sind - eingebracht vom Kollegen Morandini -, eben vor allen Dingen die Zulage für die Erziehungszeit auszudehnen, auf drei Jahre und nicht nur auf zwei Jahre, um eben somit wirklich der Familie die Möglichkeit zu geben, daß sie - gleichgültig ob Mann oder Frau - die Erziehung selber übernehmen kann, also wenigstens um einen kleinen Beitrag dazu zu leisten.

Dann habe ich aber vor allen Dingen auch unterstützt den Vorschlag, vor allem jene zu unterstützen, die eben auch unvorhergesehenerweise ohne Familienplanung in die Situation kommen, daß sie eine besondere Unterstützung brauchen, nämlich Mädchen, die schwanger werden, die eben dann aufgrund mangelnder Planung oder aufgrund der Tatsache, daß sie die Geburt des Kindes nicht geplant haben oder nicht haben planen können, in eine Notsituation geraten. In die größte Notsituation geraten eben jene Mädchen und Frauen, die plötzlich schwanger und Alleinverdienerinnen sind, Alleinerziehende sind. Das sind die eigentlichen Notfälle und Notsituationen. Natürlich ist das Ganze aufgehängt an dem Gerippe Versicherungsleistungen. Das ist klar und das ist ja das große Dilemma dieser Maßnahmen hier, daß es auf der einen Seite geknüpft sein muß an Versicherungszeiten, Beitragsleistungen, und auf der anderen Seite die Notfälle besonders abdecken sollte. Das ist aber leider nicht gelungen, es ist nicht gelungen, diesen Brückenschlag zu schaffen, meines Erachtens. Das ist die Schwierigkeit beim Ganzen.

Wir haben ja erst kürzlich am 5. März hier noch einmal diese ANSA-Meldung gelesen, wonach zwar auf der einen Seite die Regionen Trentino-Südtirol und

Aosta gelobt werden, weil sie diese Zusatzversicherungsleistungen bisher als einzige Regionen geregelt haben, aber dann kommt schon gleich wieder die Frage - und das ist auch natürlich umso schwerwiegender und umso einschränkender -: aber, aber sie müssen aufgrund der gegebenen Probleme überlegen, was hier dann ganz konkret heißt, aufgrund der Regelung auf gesamtstaatlichen Ebene. Sie müssen eben das Ganze berechnen auch aufgrund der Tatsache, daß die Deckung der gesamtstaatlichen Vorsorgeleistungen, die Deckung der gesamtstaatlichen Bedürfnisse, gegeben sein muß. Ich bin nie eine Verteidigerin der gesamtstaatlichen Lösungen gewesen, ganz im Gegenteil. Ich bin der Meinung, dort wo wir eine kleine Handhabe haben, sollten wir sie ausnützen, aber es ergibt sich natürlich schon die Frage, Herr Assessor, ob es nicht auch bei diesen kleinen Maßnahmen wiederum aus Rom einen Rückschlag gibt. Ich hoffe nicht, denn wie gesagt, es sind wirklich kleine Maßnahmen und es tut mir persönlich sehr leid, daß wir eben hier wiederum Maßnahmen ergreifen für jene, die die Beiträge zahlen können und die aufgrund von Familienplanung in der Lage sind, die entsprechenden Versicherungszeiten auch zusammenzukriegen, nicht aber jene, die eben nicht in der Lage waren, diese Versicherungszeiten zusammenzubringen und eben nicht in der Lage waren oder auch nicht einmal die Chance gehabt haben, Familienplanung zu betreiben. Das ist das ganz große Dilemma.

Ich möchte doch noch vom Assessor hören, wie er sich dann diesen Brückenschlag vorstellt, daß auf der einen Seite eben schon das Ganze im Versicherungssystem irgendwie verankert ist, aber daß vor allen Dingen jene davon profitieren, die in die größte Notsituation kommen und eigentlich die Bedürftigsten im gesamten sozialen Netz sind.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Saurer, ne ha la facoltà.

SAURER: Herr Präsident, ich möchte meiner Freude Ausdruck geben, daß wir jetzt den engeren Teil des Familienpaketes zur Abstimmung bringen können. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir ja das Gesetz über den Zusatzrentenfonds bereits verabschiedet haben und daß wir auch beträchtliche Geldmittel zur Verfügung gestellt haben, damit wir die entsprechenden Einrichtungen für Pflegefälle errichten können. Dies ist also der dritte Schritt und einige Schritte werden noch folgen. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß wir immer nur von Nachbesserungen geredet haben. Wir haben Vorschläge unterbreitet, die das Familienpaket, das in der letzten Legislatur verabschiedet worden ist, verbessern sollen. Verbessern hinsichtlich der Familienzulagen, hinsichtlich des Erziehungsgeldes, verbessern aber auch hinsichtlich der Beitragsleistungen. Wir bewegen uns im Bereich der Vorsorge. Es ist schon gesagt worden, daß die Beitragsleistungen nicht entsprechend hoch sind, aber wir glauben es durch die neue Grundlage so gemacht zu haben, daß derjenige, der wirklich über Mittel verfügt, auch entsprechende Einzahlungen tätigen muß und diejenigen, die nicht über entsprechende Mittel verfügen, eben entsprechend auch begünstigt werden müssen.

Insgesamt aber ist das ganze System auf eine gerechtere Grundlage gestellt worden und die Begünstigungen sind ja wesentlich verbessert worden. Den

Vorsorgecharakter haben wir ganz klar bei dem Punkt zum Ausdruck gebracht, wo wir den Versicherungscharakter betont haben: ein Jahr vor der Geburt. Hier bewegen wir uns im Bereich der Vorsorge und der Versicherungscharakter muß aufrechtbleiben. Es ist eine wesentliche Verbesserung im Vergleich zu der vorhergehenden Regelung, die sagt, daß man mit 21 Jahren schon die Versicherung abschließen muß und nicht ein Jahr vor der Geburt. Das ist schon ein ganz wesentlicher Schritt in die richtige Richtung, und die Beiträge, sobald die Geburt eingetreten ist, kann man in der Logik der Versicherung dann auch aussetzen. Insgesamt würde ich sagen, daß wir das, was wir politisch versprochen haben - die Regierung und auch die Parteien, die die Regierung tragen - eingehalten haben.

Die Rechtsinstitute, die wir in der letzten Legislatur eingeführt haben, finden sich im großen und ganzen in allen Familiengesetzgebungen der modernen Staaten. Das sind nicht Dinge, die man sich so einfallen hat lassen, um einige Zuckerlen zu verteilen. Diese Institute finden sich in allen modernen Gesetzgebungen Mitteleuropas und infolgedessen würde ich sagen, daß man auch einen entsprechenden Respekt vor diesen Instituten haben muß.

Wir haben eine Studie über die Familie hier im Lande Südtirol erstellt und diese Studie gibt genau diese Lücken an und diese Lücken haben wir aufzufüllen versucht. Natürlich fügt sich das Ganze in die Sozialgesetzgebung des Landes ein. Hier werden nur einige Aspekte geregelt, bei denen wir glauben, daß die Region den entsprechenden Rahmen hergibt und auch Raum bietet. Andere Aspekte werden durch die Sozialgesetzgebung des Landes geregelt und in dem Sinne auch geregelt, daß natürlich Beruf und Familie entsprechend in Einklang gebracht werden. Deshalb habe ich immer betont: man sollte bei der Regionalgesetzgebung immer vor Augen haben was auch Landesgesetzgebung ist und das ganze als Gesamtheit sehen. Ich bin froh, daß der Staat nachzieht, daß der Staat einige wichtige Entscheidungen zu treffen gedenkt. Ich glaube, daß die jetzige Regierung diesbezüglich sehr gut arbeitet und im großen und ganzen auf die Dinge kommt, die wir schon ausgemacht haben, vielleicht auch im Zuge einer Rahmengesetzgebung, und dafür sind wir auch dankbar, weil sich dann der regionale Gesetzgeber auch wesentlich leichter tut.

Ich danke dem Assessor Romano, daß er sich mit viel Eifer die letzten Monate seit seiner Amtsübernahme ins Zeug gelegt hat und wesentliche Verbesserung auch vom Konzept her im Einvernehmen mit uns angebracht hat. Ich danke dem Abgeordneten Morandini für seine Gesprächsbereitschaft. Ich glaube, daß der Text und die Vorschläge, die wir und Abgeordneter Morandini eingebracht haben, wesentlich zur Verbesserung beigetragen haben, auch dadurch, daß Assessor Romano als Experte in diesen Fragen auch Hand angelegt hat. Danke

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Veccli, ne ha la facoltà.

VECLI: Grazie signor Presidente. Il disegno di legge, che abbiamo visto anche poc'anzi, in un percorso difficile, tortuoso e spinoso, a scanso di equivoci, già in un'altra occasione avevo dato atto all'assessore Romano di essersi trovato in una

situazione non semplice, non facile, ma complicata da gestire e da portare avanti, anche perché aveva assunto delle competenze che erano state in un primo momento portate avanti da altri, poi il disegno di legge aveva trovato numerosi emendamenti, eccetera, quindi voglio dare atto del lavoro che è stato portato avanti dall'assessore Romano, sicuramente in maniera positiva.

Dicevo comunque del percorso tortuoso e spinoso e lo abbiamo visto anche pochi minuti fa, quanto alcuni colleghi sono potuti intervenire, avendo a disposizione 10 minuti di tempo, mentre poi quando ha cominciato a parlare il collega Alessandrini, viceversa il tempo è stato dimezzato, perché la Presidenza si era accorta che si stava parlando di un mix di emendamenti che andavano a sostituire un articolo e non dell'articolo.

Tutto questo credo sia un esempio significativo di quanto sia complicato e difficile poter seguire nel merito, nella sostanza questo disegno di legge, tanto che la stessa Presidenza si è trovata in grave difficoltà, tanto che la cons. Eva Klotz, con grande puntualità, aveva subito scoperto che il tempo era stato dimezzato. Quindi il merito dell'attenzione che la cons. Eva Klotz ha sempre in quest'aula e sicuramente un po' di demerito perché questo iter legislativo ancora una volta si dimostra complicato e difficile.

Entriamo nel merito della sostanza, perché andiamo a sostituire una legge del 1992, che ha dato delle risposte parziali, risposte che non sono state valutate con l'attenzione dovuta, proprio perché da queste risposte, anche se parziali, si potevano trarre insegnamenti, si potevano fare delle riflessioni, potevamo sicuramente fare dei ragionamenti che avrebbero portato benefici migliori dal punto di vista legislativo.

Si sta discutendo cosa fare sul pacchetto famiglia e vengono di fatto discusse, come dicevo un attimo fa, senza una valutazione dei primi anni di applicazione, delle norme che sono già in vigore, norme che sono partite dal 1992. Ecco che allora sicuramente avremmo potuto verificare quanto è stato fatto fino adesso, quale fosse stata la partecipazione, sui costi di gestione si potevano fare maggiori valutazioni ed entrare nel merito con un maggiore dettaglio, proprio per capire quali fossero gli effetti sui vari soggetti interessati, proprio per vedere se c'erano differenze nell'attuazione all'interno delle due province.

Visto che non si è stati capaci di entrare nel merito significativo e sostanziale, ne deriva l'impossibilità di fare una valutazione attenta su questi effetti e anche sull'efficienza della gestione degli interventi fino ad ora gestiti, visto che questo era dimostrabile.

Ecco che allora questa mancanza di dati, che non sono stati accolti in maniera puntuale e significativa e dettagliata, a parte quei dati di bilancio che non ho alcun timore a definire sommari, proprio perché non sono stati trasmessi dalle due province alla Regione. La Giunta avrebbe comunque potuto predisporre delle relazioni annuali sicuramente più significative.

Andiamo avanti, perché credo siano veramente forti e numerose le contraddizioni che emergono da una attenta lettura di questo disegno di legge, perché

molte sono le risposte parziali alle esigenze delle collettività, altre viceversa le risposte sono totalmente assenti ed evasive.

Mi appresto a concludere Presidente, tornando ad evidenziare come non possiamo non fare riferimento ad un parametro economico, che deve vedere sicuramente correlata la contribuzione all'erogazione. Ci deve essere un rapporto stretto, inequivocabile, non possiamo esulare da questo stretto connubio tra contribuzione ed erogazione, altrimenti si va incontro alla bancarotta e visto che stiamo trattando di denaro pubblico, maggiore dovrebbe essere la sensibilità e la responsabilità, perché questo va usato al meglio, proprio perché le risorse non sono infinite, i finanziamenti vanno sempre più riducendosi, ecco che allora le risorse devono essere utilizzate in maniera ottimale.

Questo richiamo forte al parametro economico tra contribuzione ed erogazione credo debba essere tenuto in considerazione maggiore. Grazie.

PRESIDENTE: Collega Ianieri, lei sarebbe già intervenuto, ma la sollecitazione che lei ha fatto per iscritto al Presidente della possibilità di avere un testo per seguire lo svolgimento dei lavori in maniera più precisa, ci siamo attivati, serve un po' di tempo, ma faremo il più presto possibile per rispondere alla sua richiesta.

Lei voleva intervenire sull'emendamento?

IANIERI: Mi pare, signor Presidente, che stiamo parlando dell'art. 1 nel suo complesso, per la votazione dell'art. 1.

Intanto, signor Presidente, la ringrazio per la risposta che mi ha dato, perché la richiesta che ho avanzato qual è? E' quella di poter avere un testo più organico, tenendo presente anche cosa è stato votato, in merito anche all'art. 1, perché questo è un disegno di legge che purtroppo va avanti a singhiozzo, cioè non c'è la possibilità di poterlo portare avanti in modo continuativo dall'inizio alla fine e dovendolo purtroppo affrontare a singhiozzo si perde poi il filo di quello che deve essere la logica, nell'ambito di un approfondimento del disegno stesso e di quanto si va a proporre e votare.

Siccome ritengo che nel suo complesso questo art. 1 ha praticamente raccolto anche quelle che sono state le nostre istanze, le nostre richieste, in merito al disegno di legge che insieme ai colleghi Morandini e Delladio avevo sottoscritto e che pertanto nella sostanza, a parte alcune piccole differenze, l'art. 1 nel suo complesso ha raggruppato tutte quelle che erano anche le nostre richieste e nel suo complesso vedo che questo è un disegno di legge che in effetti opera ed opererà a favore della vera famiglia. Perché dico 'vera famiglia'? Qual è la vera famiglia? E' quella ufficialmente arrivata a conclusione attraverso un matrimonio, che sia esso matrimonio civile o religioso o ambedue i matrimoni questo è il succo della vera famiglia, due persone di sesso diverso, che si sposano, mettono insieme dei figli, portano avanti una casa, non un matrimonio tra persone diverse o dello stesso sesso o di strane unioni, che sono purtroppo oggi prese in considerazione ed anche approvate.

Allora la vera famiglia oggi trova sicuramente, in questo disegno di legge che stiamo discutendo, delle norme che possano tutelarle ed aiutarle praticamente a portare avanti e superare le necessità ed i bisogni che hanno.

Questo art. 1, che purtroppo ha subito una trasformazione radicale da quello che era il primo articolo proposto dal disegno di legge, anche con quello che era previsto nel nostro disegno di legge il n. 78, che poi è stato ritirato ed unificato, proprio perché abbiamo trovato un accordo sul recepimento di quello che avevamo proposto, sotto questo aspetto devo dire che l'art. 1, anche se poteva essere sicuramente migliorato, in modo particolare per quanto concerneva l'assegno di cura, purtroppo è andata così, ma comunque sicuramente migliora quella che è la situazione attuale.

Come ha già detto il mio collega Morandini, che devo seguirlo, perché insieme abbiamo sottoscritto il disegno di legge n. 78 ed insieme abbiamo acconsentito all'unificazione di questi due testi, sicuramente devo esprimere un parere favorevole all'approvazione di questo art. 1 e nel proseguo dei lavori, che vorrei augurare, se fosse possibile, di volerlo portare in porto, senza le interruzioni, anche domani e dopo domani, che purtroppo dobbiamo interrompere i lavori su questo disegno di legge, sarebbe stato invece auspicabile, signor Presidente, che le intere giornate di questa tornata di lavori del Consiglio avessero potuto portare a definire questo disegno di legge, perché interromperlo, riprenderlo tra un mese, con una serie di emendamenti che vengono presentati, maxi emendamenti, la confusione è tale che effettivamente si potrebbe anche commettere qualche errore o potrebbe sfuggire un qualche cosa di particolare.

Avevo pregato anche l'assessore Saurer di farsene eventualmente carico, affinché questo disegno di legge, che sicuramente riveste una grande importanza, potesse avere un proseguo senza interruzioni, per poterlo portare velocemente al termine, perché questo è quello che veramente interessa la nostra società ed è quello che interessa le famiglie della regione Trentino-Alto Adige.

Allora questo invito lo rinnovo all'assessore Romano, all'assessore Saurer, lo rinnovo al Presidente del Consiglio regionale, affinché la discussione su questo disegno di legge possa non avere interruzioni e poi possiamo eventualmente concentrarci su altre cose. Non credo che la riforma della legge elettorale in questo momento sia più importante della definizione del disegno di legge n. 63, a mio avviso questo disegno di legge riveste un carattere particolare, un'attenzione particolare, con una non perdita di concentrazione. Grazie.

PRESIDENTE: Non ci sono altri interventi. E' stata chiesta la votazione per appello nominale. Votiamo l'emendamento Romano che sostituisce l'art. 1.

Iniziamo con il nominativo del cons. Ianieri.

DENICOLO': Ianieri (*si*), Kasslatter Mur (*ja*), Klotz (*astenuta*), Kofler (*ja*), Kury (*astenuta*), Laimer (*non presente*), Leitner (*ja*), Levegghi (*non presente*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*si*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*si*), Moser (*non presente*), Munter (*ja*), Muraro (*astenuto*), Pahl (*non presente*), Palermo

(*non presente*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*sì*), Passerini (*non presente*), Peterlini (*ja*), Pinter (*non presente*), Romano (*sì*), Saurer (*ja*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*sì*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*sì*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*astenuto*), Viola (*sì*), Willeit (*sì*), Zanoni (*sì*), Zendron (*astenuto*), Achmüller (*non presente*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*astenuto*), Benussi (*sì*), Berger (*ja*), Binelli (*sì*), Boldrini (*non presente*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*non presente*), Casagrande (*sì*), Chiodi-Winkler (*non presente*), Cigolla (*sì*), Conci-Vicini (*non presente*), Dalbosco (*astenuto*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*astenuto*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*non presente*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*sì*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*non presente*), Giordani (*sì*), Giovanazzi (*sì*), Grandi (*sì*), Holzer (*sì*), Holzmann (*non presente*), Hosp (*ja*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per appello nominale:

votanti	43
sì	34
no	0
astenuti	9

Il Consiglio approva.

Sono le ore 12.59, auguro a tutti voi buon appetito.

I lavori riprenderanno alle ore 15.00. La seduta è sospesa.

(ore 12.59)

(ore 15.15)

Vorsitz Präsident Peterlini

Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (*Sekretär*):(*ruft die Namen auf*)

(*Segretario*):(*fa l'appello nominale*)

PRÄSIDENT: Verlesung von Art. 1\bis.

Art. 1\bis
(Disposizioni transitorie)

1. Le persone che abbiano sottoscritto l'adesione alla contribuzione per gli assegni di natalità e di cura ai sensi della previgente normativa hanno facoltà di estinguere il rapporto previdenziale purché risultino in regola con l'obbligo contributivo al 31 dicembre 1997. In alternativa possono proseguire le assicurazioni secondo le modalità previste dalla presente legge conservando l'anzianità contributiva e assicurativa maturata.

2. In via transitoria, fino alla data di entrata in vigore dei regolamenti provinciali di cui all'articolo 3 quater dovrà essere versata la contribuzione minima.

3. Per le nascite, le adozioni e gli affidamenti preadottivi verificatisi nei primi 180 giorni dall'entrata in vigore della presente legge, per gli assegni di natalità e di cura si prescinde dall'esistenza del periodo di almeno un anno di anzianità assicurativa e contributiva purché la richiedente risulti iscritta all'atto dell'evento.

4. Per le nascite, le adozioni e gli affidamenti preadottivi verificatisi successivamente al 180° giorno dalla data di entrata in vigore della presente legge e fino al 30 giugno 1999, il termine di cui al comma 1 degli artt. 10 e 18, è ridotto a sei mesi.

5. Per l'anno 1998, per l'adesione all'assicurazione per degenza ospedaliera dovuta a malattia e a quella per infortuni domestici di cui al comma 1 degli artt. 23 e 28, la contribuzione deve essere versata entro 90 giorni dall'entrata in vigore della presente legge.

6. La contribuzione per degenza ospedaliera dovuta a malattia e quella per infortuni domestici versata entro il 31 dicembre 1997, assicura la copertura per l'anno 1998.

7. In caso di mancato o incompleto versamento dei contributi dovuti per il periodo anteriore all'entrata in vigore della presente legge, si applica la normativa previgente.

8. Per il primo semestre dell'anno 1998 l'assegno di cui all'articolo 14 della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4 è concesso secondo i criteri e le misure vigenti anteriormente all'entrata in vigore della presente legge.

9. Fino all'entrata in vigore dei Regolamenti di cui all'articolo 3 quater della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4, per l'individuazione del reddito di cui al comma 3 dell'articolo 14 della stessa legge, si applicano le disposizioni previste dal D.L. 13 marzo 1988, n. 69, convertito in legge dall'articolo 1 della legge 13 maggio 1988, n. 153.

10. Il Regolamento di cui all'articolo 3 quater è emanato entro sei mesi dall'entrata in vigore della presente legge.

Art. 1 bis, bitte

„Art. 1\bis
(Übergangsbestimmungen)

1. Die Personen, die den Beitritt zur Versicherung für das Geburtsgeld und für die Betreuungszulage gemäß den vorher geltenden Bestimmungen unterschrieben haben, können das Vorsorgeverhältnis aufkündigen, sofern sie am 31. Dezember 1997 die Beitragsleistung ordnungsgemäß vorgenommen haben. Sie haben aber auch die Alternative, die Einzahlungen nach den von diesem Gesetz vorgesehenen Einzelheiten fortzusetzen, wobei die erreichte Versicherungs- und Beitragszeit aufrecht bleibt.
2. Vorübergehend, nämlich bis zum Inkrafttreten der Verordnungen der Provinzen gemäß Art. 3 quater muß die Mindestbeitragsleistung getätigt werden.
3. Für die Geburten, die Adoptionen und die Anvertrauungen zur Betreuung vor der Adoption, die 180 Tage vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt sind, wird beim Geburtsgeld und bei der Betreuungszulage von der Voraussetzung eines Versicherungs- und Beitragsjahres abgesehen, sofern die Antragstellerin bei Eintreten des Sachverhalts bei der entsprechenden Versicherung eingeschrieben war.
4. Für die Geburten, die Adoptionen und die Anvertrauungen zur Betreuung vor der Adoption, die nach dem 180. Tag ab Inkrafttreten dieses Gesetzes und bis zum 30. Juni 1999 erfolgen, wird die Frist gemäß Absatz 1 der Art. 10 und 18 auf sechs Monate herabgesetzt.
5. Für das Jahr 1998 muß die Beitragsleistung für die Auszahlung der Entschädigung bei Krankenhausaufenthalt infolge von Krankheit und für die im Haushalt erlittenen Unfälle gemäß Absatz 1 der Art. 23 und 28 innerhalb von 90 Tagen ab Inkrafttreten dieses Gesetzes entrichtet werden.
6. Die innerhalb 31. Dezember 1997 erfolgte Beitragszahlung für Krankenhausaufenthalte infolge von Krankheit und für im Haushalt erlittene Unfälle gewährleistet die Deckung für das Jahr 1998.
7. Bei verspäteter oder unvollständiger Entrichtung der Beiträge, die für den Zeitraum vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geschuldet waren, gelten die vorherigen Bestimmungen.
8. Für das erste Semester des Jahres 1998 wird die Zulage gemäß Art. 14 des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 nach den Kriterien und nach dem Ausmaß gewährt, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes galten.
9. Bis zum Inkrafttreten der Verordnungen gemäß Artikel 3 quater des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 werden für die Ermittlung des Einkommens gemäß Absatz 3 des Artikels 14 des genannten Gesetzes die Bestimmungen des Gesetzesdekretes vom 13. März 1988, Nr. 69, umgewandelt in Gesetz mit Art. 1 des Gesetzes vom 13. Mai 1988, Nr. 153, angewandt.

10. Die Verordnung gemäß Artikel 3 quater wird innerhalb von sechs Monaten ab Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen.“

PRÄSIDENT: Ein Änderungsvorschlag vom Abg. Pinter und anderen:

Il comma 3 è soppresso. Absatz 3 ist aufgehoben.

Wir diskutieren zuerst über diesen Abänderungsantrag.

Wer meldet sich zum Abänderungsantrag zu Wort?

Abgeordneter Pinter, bitte.

PINTER: Grazie Presidente. L'emendamento soppressivo del comma 3 ha una ragione ed è quella del fatto che il comma 3 prevede in definitiva una sorta di sanatoria, nel senso che il comma 3 recita: "Per le nascite, le adozioni e gli affidamenti preadottivi verificatisi nei primi 180 giorni dall'entrata in vigore della presente legge, per gli assegni di natalità e di cura si prescinde dall'esistenza del periodo di almeno un anno di anzianità assicurativa e contributiva purché la richiedente risulti iscritta all'atto dell'evento."

Allora devo esprimere la mia contrarietà a questa norma, perché non capisco come si possano fare le leggi che prevedono di volta in volta delle norme specifiche, una sorta di sanatoria, in base alla quale per i primi sei mesi di adozione dell'entrata in vigore della legge si possa prescindere da un requisito fondamentale stabilito dalla legge, quello dell'esistenza di almeno un anno di anzianità assicurativa.

Per carità si può discutere di tutto, ma o si toglie questo requisito dell'anno di anzianità o non si capisce perché si debba affidare una sorta di deroga, spero che l'assessore abbia in cuor suo elemento a sufficienza, argomenti tali da convincermi della bontà di questa deroga, perché francamente, vista e collocata in questa ipotesi mi sembra più una discrezionalità, una concessione, una sorta di regalia che non una norma, che abbia una sua giustificazione reale.

Quindi darei la parola volentieri all'assessore Romano per spiegarmi la ragione di questa norma.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ich bitte kurz um Aufmerksamkeit. Im Bericht über die Verwaltung der Ergänzungsvorsorge, verfaßt von Dr. Heinrich Oberschmidt und Dr. Wolfgang Steger, was die Provinz Bozen betrifft - ich möchte, daß der Assessor auch zuhört, bitte, ich glaube ich habe das Recht dazu - in diesem offiziellen Bericht über die Verwaltung der Ergänzungsvorsorge im Jahr 1996 und in den Vorjahren, der im Februar 1997 veröffentlicht worden ist - ich möchte wirklich, daß der Regionalassessor auch zuhört...

PRÄSIDENT: Ich kann die Leute nicht zwingen. Assessore Romano, hanno chiesto l'attenzione.

BENEDIKTER: Im Bericht steht über die Verwaltung der Ergänzungsvorsorge kurz und bündig: Eigenfinanzierung! Geburtengeld - Eigenfinanzierung 3,31%, Betreuungszulage - Eigenfinanzierung 3,8% und Familiengeld - Eigenfinanzierung 16,3% und alles übrige wird aus dem Regionalhaushalt als Fürsorgezuschuß finanziert. 3,3%, 3,8% und 16,3% ist Eigenfinanzierung und alles andere ist reine Fürsorge, für die die Region an und für sich keine Zuständigkeit hat. Mehr als so kann man gar nicht beweisen, daß es letzten Endes hier um Fürsorgemaßnahmen geht und nicht um Vorsorgemaßnahmen. Daher ist es kein Wunder, daß es in einer ANSA-Meldung vom 6. März 1998 heißt, daß zwar in ganz Italien diese Zusatzfonds durch das Gesetzesdekret 121 vom 1993 geregelt sind und die einzigen zwei Regionen, die heute Prozeduren für die Einrichtung von ergänzenden Pensionsformen auf territorialer Ebene eingeleitet haben, Trentino-Südtirol und Aostatal sind, die jedoch mit den Problemen ihre Rechnung nicht gemacht haben, darunter auch nicht mit der Vorsorgedeckung auf gesamtstaatlicher Ebene. Was bedeutet das? Daß es keine Vorsorgedeckung gibt. Das erfahren wir aus der Tatsache, daß 3% bis höchstens 16% durch Beiträge gedeckt sind. Jedenfalls ist das keine ergänzende Vorsorge, das ist eine fast reine Fürsorge, denn wenn die Vorsorge nur mit 3,3% oder auch nur mit 16% gedeckt ist, dann ist das keine Vorsorge mehr, sondern eine Fürsorge, für die die Region keine Zuständigkeit mehr hat. Anscheinend macht man trotzdem weiter, obwohl es andere Beispiele gibt.

Ich habe heute vormittag erwähnt, wie es in Chile mit der privaten Versicherung geht, wo der Staat nur die Aufsicht führt. Ich frage mich, was das für eine Vorsorge ist. Danke.

PRÄSIDENT: Danke. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Morandini.

MORANDINI: Non so se ho capito la ratio dell'intervento del cons. Pinter ed il suo emendamento, siccome abbiamo firmato questi emendamenti e sono stati frutto di un confronto piuttosto approfondito, probabilmente il cons. Pinter non ha colto lo scopo di questa norma, comunque la spiegherà più compiutamente l'assessore.

Questa cerca di farsi carico, di garantire una continuità applicativa della legge dal momento in cui entra in vigore fino a quando decorre l'anno che normalmente è richiesto per questo tipo di istituti. Allora non si tratta di regalie, cons. Pinter, si tratta di garantire sia una continuità ed un collegamento applicativo della legge di attuazione, sia il fatto di non penalizzare situazioni che diversamente sarebbero penalizzate.

Avevamo presentato all'interno di queste proposte un emendamento che cercava in generale di andare incontro alle gravidanze impreviste, non è stato accolto, almeno in questi termini si ovvia almeno in parte a questo tipo di eventi imprevisti. Quindi mi pare un contenuto fortemente in positivo.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich aus den Reihen der Abgeordneten noch zu Wort? Niemand, dann gebe ich Assessor Romano das Wort zur Replik.

ROMANO: Grazie signor Presidente. Vorrei se fosse possibile un attimo l'attenzione del collega Pinter, perché questo articolo non intende assolutamente rimangiarsi quello che avevamo detto in precedenza. Se guardiamo il calendario e guardiamo l'entrata in vigore della legge, è un fatto puramente tecnico, collega Pinter, facendo conto che questa legge, per bene che vada, entri in vigore l'estate di quest'anno, abroga la legge precedente, per cui scatta immediatamente l'anno di anzianità.

Ammettendo che questa legge entri in vigore nel giugno-luglio 1998, come fa una persona che partorisca nel luglio, agosto, settembre, ottobre ad avere l'anno di anzianità? E' impossibile, l'anno di anzianità si avrebbe con il primo luglio 1999, quindi con il primo luglio 1999 noi siamo a regime, chi è stato bravo si è iscritto, ha fatto quello che doveva fare, non potrà usufruire di questa legge prima del 1° luglio 1999, perché c'è l'anno e per gli eventi dal 1° luglio 1998 al 30 giugno 1999 cosa facciamo? E' una domanda che bisogna porsi, l'anno non c'è, la legge vecchia non c'è più, allora quale è stato il mio ragionamento: diamo sei mesi di tempo alle persone per capire questa legge, per iscriversi, per aderire, quindi nei primi 180 giorni diamo la possibilità di darla previa adesione, nei secondi 180 giorni diamo la possibilità di farlo, però devono essere stati previdenti ad avere almeno i sei mesi e decorso l'anno siamo a regime, altrimenti è impossibile, c'è un anno di carenza, luglio 1998, luglio 1999 nel quale nessuno prenderebbe la prestazione perché non ha l'anno.

Per cui 180 giorni di conoscenza della legge, 180 giorni, i secondi, di conoscenza della legge, per cui devono aver fatto questa istituzione entro 180 giorni, dal 360 giorno siamo a regime, quindi non è un regalo è una necessità tecnica, altrimenti dal luglio 1998 al luglio 1999 non c'è l'anno di anzianità, ecco il perché di questa norma.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt ab über diesen Abänderungsantrag Pinter. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben.

Era già la replica. Non può più parlare. Wir haben eine gewisse Ordnung und die habe ich immer eingehalten und die heißt zuerst die Abgeordneten, dann der Ausschuß und dann, wenn gewünscht, der Einbringer und jetzt sind wir in Abstimmung. Der Einbringer, Abg. Pinter, hat das Wort nicht verlangt.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Danke. Wer enthält sich der Stimme? Bei 8 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen und den Rest Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Abänderungsantrag der Abgeordneten Pinter, Gasperotti, De Stefani, Dalbosco, Chiodi, Zendron, Kury, Benedetti u.s.w

„Il comma 4 è soppresso.“

„Absatz 4 ist aufgehoben.“

Prego, sul ordine del lavoro. Abgeordneter Veccli, bitte.

VECLI: Signor Presidente, a me spiace dover intervenire e lo faccio senza alcun spirito di polemica, ma ritengo non consona a quanto prescrive il regolamento l'interpretazione che lei ha dato un momento fa. Quando un argomento è chiuso il Presidente dovrebbe dichiarare chiusa la discussione generale e questo non è stato fatto.

Questo lo pongo alla sua attenzione con molta serenità, proprio perché non voglio scatenare una polemica, perché non avrebbe senso, però pro futuro Presidente vorrei che lei tenesse conto di questa mia osservazione e che da parte sua ci fosse una puntuale chiusura delle discussioni generali, in modo tale che si possa portare avanti con maggiore tranquillità il lavoro in aula.

Mi rifaccio anche ad un precedente che c'è stato questa mattina, cinque, sei consiglieri sono intervenuti avendo a disposizione 10 minuti di tempo, ad un certo punto da parte della Presidenza, non era lei comunque a dirigere, ci si è accorti di un'interpretazione errata del regolamento e d'acchito si sono tolti cinque minuti.

Allora per evitare che si incorra in incidenti di percorso di questo genere, ritengo, Presidente, che lei possa accogliere questa mia proposta e pro futuro dichiarare chiusa la discussione generale. Grazie.

PRÄSIDENT: Es läuft alles nach Plan. Manchmal geht es fließend und manchmal eben nicht. Ich habe gesagt: meldet sich noch jemand von seiten der Abgeordneten zu Wort? Nein niemand, dann gebe ich dem Assessor Romano das Wort und dann, nachdem sich der Einbringer nicht gemeldet hat, stimmen wir ab. Das ist die normale Reihenfolge, die haben wir immer so gemacht. Es ist aber nicht die Generaldebatte abzuschließen, sondern die Debatte über den Abänderungsantrag. Wir verfolgen sehr aufmerksam was passiert. Danke für die Anregung, wir werden weiterhin aufpassen.

Abgeordneter Pinter zur Erläuterung seiner Antrages, bitte.

PINTER: Grazie Presidente. Le ragioni a sostegno di questo emendamento abrogativo sono evidentemente simili a quelle indicate dall'emendamento 3, ho ascoltato con attenzione le argomentazioni dell'assessore Romano, vale a dire la supposta non vigenza dalla legge per un periodo tale, quindi da motivare una norma di carattere transitorio, posso anche capire queste ragioni, ma non capisco perché lei non sia riuscito ad esprimere una norma che non avesse bisogno di una disciplina transitoria.

Non credo ci volesse molto ad esprimere una norma che tenesse conto della modifica legislativa, il fatto è che come ha brillantemente illustrato la consigliera Wanda Chiodi, questa norma è particolarmente confusa, nel senso che tenendo conto della proposta originaria, delle argomentazioni introdotte dalla Giunta, della necessità quindi di riscrivere l'articolato legislativo, fatto sta che il risultato risente di un po' di questa confusione o comunque di questa mancanza di precisione.

Allora lei avrà anche le sue ragioni, assessore Romano, nel giustificare questa norma, ma sono le ragioni deboli di colui il quale sa benissimo che questa norma non ha una forza tale di chiarezza di esposizione che deve ricorrere alla norma transitoria, mentre lei dovrebbe sapere, perché credo sia anche laureato in giurisprudenza e questa laurea le dovrebbe permettere di capire benissimo che una norma scritta bene non ha bisogno delle norme transitorie, una buona legge non ha bisogno delle norme transitorie, se non in via eccezionale, per carità, adesso non voglio avere la presunzione di dire, però siccome stiamo innovando un dispositivo legislativo già vigente, quindi non è che introduciamo una norma che sana una situazione, che

quindi deve essere aggiustata ed ha bisogno di una norma transitoria, ma essendo una via di transizione, con tutto il mio rispetto, sia chiaro, però pensavo che si potesse trovare una norma che non avesse bisogno di questa disposizione transitoria.

Per questa ragione la soppressione del comma 4 riflette le stesse motivazioni della soppressione del comma 3.

PRÄSIDENT: Danke. Wer meldet sich von den Abgeordneten zu Wort. Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Eigentlich nur deswegen, weil ich auf meine Bemerkung zum vorherigen Abänderungsantrag keine Antwort bekommen habe, weder vom Abgeordneten Pinter noch von Assessor Romano. Ich glaube es sollte schon Sinn der Debatte sein, daß man auf solche Fragen eine Antwort bekommt. Was also diese Abänderung betrifft, die Abgeordneter Pinter vorschlägt, bitte ich um eine Antwort, oder warum Romano darauf besteht, daß der 4. Absatz aufrechterbleibt, was da mehr im Sinne einer Deckung, einer Leistung durch die Beiträge ist, ob da überhaupt eine Verbesserung, eine Erhöhung der Deckung erzielt wird. Das möchte ich wissen, ob in diesem Sinne überhaupt gearbeitet wird oder ob man nach wie vor bei dieser nur symbolischen Deckung bleibt, wie es in dem Bericht, den ich erwähnt habe, heißt: die Beiträge haben meist symbolisches Ausmaß. Das steht im offiziellen Bericht über die Verwaltung dieser Ergänzungsvorsorge in der Provinz Bozen und dasselbe dürfte auch in der Provinz Trient der Fall sein.

Dann habe ich noch die Frage gestellt, was diese Meldung der ANSA bedeutet, bei der es heißt, daß nur diese beiden Regionen in dieser Zusatzrentenvorsorge etwas getan haben, aber ihre Rechnung nicht aufgeht, und zwar unter anderem deshalb, weil die Deckung auf gesamtstaatlicher Ebene fehlt. Die Deckung erfolgt nur durch Fürsorgeleistungen. Ändert sich da was oder bleibt da alles beim alten? Dann ist das eben keine Vorsorge, sondern eine fast ganz reine Fürsorge und dazu möchte ich eine Antwort, eine Stellungnahme haben, sei es vom Abgeordneten Pinter oder von Assessor Romano.

PRÄSIDENT: Danke. Sonstige Abgeordnete? Niemand, dann schließe ich diesen Teil der Debatte ab. Die Regierung? Abgeordneter Pinter? Niente, dann stimmen wir ab.

Wer mit dem Abschaffungsantrag des Abgeordneten Pinter einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Bei 5 Enthaltungen, 6 Ja-Stimmen und den Rest Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Artikel 1\bis, den wir schon verlesen haben. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Geheimabstimmung.

PRÄSIDENT: Wer ist für die Geheimabstimmung? Das sind genügend. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Wir stimmen über den Artikel 1\bis von Assessor Romano ab.

(segue votazione con scutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis zu Artikel 1\bis bekanntgeben.

Abstimmende:	54
Ja-Stimmen:	34
Nein-Stimmen:	15
weiße Stimmzettel:	5

Damit ist der Artikel 1\bis genehmigt. Es gibt einen zusätzlichen 1\bis vom Abgeordneten Pinter. Ich bitte ihn zu verlesen.

WILLEIT: Dopo l'art 1 è aggiunto il seguente art. 1\bis:

“Art 1\bis

(Analisi e valutazione delle politiche regionali in materia di previdenza integrativa e complementare)

1. Al fine di una puntuale valutazione degli interventi regionali in materia di previdenza integrativa e complementare la Giunta regionale definisce con apposito regolamento, sentite le Giunte provinciali di Bolzano e di Trento ed entro 120 gg. dall'approvazione della presente legge, un sistema di raccolta e gestione delle informazioni sugli esiti e sulle modalità di attuazione degli interventi in materia. A tal fine, verranno in via prioritaria utilizzati i dati raccolti durante l'iter istruttorio delle domande per accedere ai benefici previsti ed i dati contabili degli uffici ed i servizi preposti alla gestione amministrativa degli interventi.

2. I dati raccolti dovranno in particolare permettere, al massimo livello di disaggregazione possibile:

- a) un'analisi degli effetti di ogni tipo di intervento a livello familiare ed individuale per livelli di reddito e caratteristiche socioeconomiche dei richiedenti;
- b) un'analisi dettagliata delle entrate e delle spese per ogni tipo di intervento.

3. Le disposizioni di cui ai comma 1 e 2 del presente articolo si applicano espressamente agli interventi previsti dagli artt. 10, 14, 18, 23 e 28 della L.R. 24 maggio 1992 n. 4, agli interventi previsti dagli artt. 4, 7, 11 e 14 della L.R. 25 luglio 1992 ed agli interventi previsti dalla L.R. 28 febbraio 1993 n. 3 e dalla L.R. 27 febbraio 1997 n. 3. E' facoltà della Giunta regionale prevedere l'utilizzo di questo sistema di valutazione per altri interventi in materia di previdenza integrativa e complementare.

4. I dati analitici di cui al precedente comma 2 vengono convenientemente riportati nelle relazioni annuali della giunta regionale previste dall'art. 32 della L.R. 24

maggio 1992 n. 4, dall'art. 19 della L.R. 25 luglio 1992 n. 7, dall'art. 12 della L.R. 28 febbraio 1993 n. 3 e dall'art. 8 della L.R. 27 febbraio 1997 n. 3.

5. In quanto delegate a svolgere le funzioni amministrative concernenti la realizzazione degli interventi previdenziali elencati al comma 3 del presente articolo, le Province autonome di Trento e di Bolzano sono tenute a fornire alla Giunta regionale le informazioni previste dal regolamento della Giunta regionale di cui al precedente comma 1 con modalità idonee a garantire un celere trattamento statistico dei dati.

6. Entro 10 mesi dall'approvazione della presente legge, la Giunta regionale presenta al Consiglio con le modalità di cui al comma 2 del presente articolo, una relazione sullo stato di attuazione e sull'andamento della spesa nel periodo 1992-1996 della L.R. 24 maggio 1992 n. 4 della L.R. 25 luglio 1992 n. 7 e della L.R. 28 febbraio 1993 n. 3."

PRÄSIDENT: Die deutsche Version bitte.

DENICOLO: Nach Artikel 1 wird der folgende Art. 1\bis hinzugefügt:

„Art. 1\bis

(Untersuchung und Bewertung der Regionalpolitik im Bereich der Ergänzungsvorsorge)

1. Zum Zwecke einer genauen Bewertung der Maßnahmen der Region im Bereich der Ergänzungsvorsorge legt der Regionalausschuß nach Anhören der Landesausschüsse von Bozen und Trient und innerhalb von 120 Tagen nach Genehmigung dieses Gesetzes mit entsprechender Verordnung ein System zur Sammlung und Führung der Informationen über den Ausgang und die Modalitäten zur Durchführung dieser Maßnahmen fest. Dafür werden vor allem die während des Verfahrens zur Überprüfung der Gesuche um die Inanspruchnahme der vorgesehenen Vergünstigungen gesammelten Daten und die Buchungsdaten der Ämter und Dienste, die mit der Verwaltung der Maßnahmen betraut sind, verwendet.

2. Die gesammelten Daten müssen insbesondere unter größtmöglicher Auswertung folgendes erlauben:

- a) eine Analyse der Auswirkungen jeder Art von Maßnahme für die Familie und für den einzelnen je nach Einkommen und nach sozial-wirtschaftlichen Aspekten der Gesuchsteller.
- b) eine detaillierte Analyse der Einkommen und der Ausgaben für jede Art von Maßnahme.

3. Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 und 2 dieses Artikels werden ausdrücklich auf die Maßnahmen angewandt, die mit den Artikeln 10, 14, 18, 23 und 28 des RG vom 24. Mai 1992, Nr. 4 vorgesehen sind, ferner auf die Maßnahmen, die mit den Artikeln 4, 7, 11 und 14 des RG vom 25. Juli 1992 vorgesehen sind, sowie auf die Maßnahmen, die mit RG vom 28. Februar 1993, Nr. 3 und mit RG vom 27. Februar 1997, Nr. 3 vorgesehen sind. Dem Regionalausschuß steht es zu, dieses

Bewertungssystems für andere Maßnahmen im Bereich der Ergänzungsvorsorge zu verwenden.

4. Die analytischen Daten gemäß dem vorstehenden Absatz 2 werden in den gemäß Art. 32 vom RG vom 24. Mai 1992, Nr. 4 vom Art. 19 des RG vom 25. Juli 1992, Nr. 7, vom Art. 12 des RG vom 28. Februar 1993, Nr. 3 und vom Art. 8 des RG vom 27. Februar 1997, Nr. 3 vorgesehenen jährlichen Berichten des Regionalausschusses dargelegt.

5. Da die Verwaltungsaufgaben zur Durchführung der Vorsorgemaßnahmen gemäß Absatz 3 auf die autonomen Provinzen von Bozen und Trient übertragen sind, sind sie angehalten, dem Regionalausschuß die Auskünfte zu geben, die von der vom Ausschuß erlassenen Durchführungsverordnung gemäß Absatz 1 vorgesehen sind, wobei geeignete Modalitäten für eine zügige statistische Analyse der Daten gewährleistet werden sollen.

6. Innerhalb von 10 Monaten nach Genehmigung dieses Gesetzes legt der Regionalausschuß nach den Modalitäten gemäß Absatz 2 dieses Artikels dem Regionalrat einen Bericht über den Stand der Durchführung der Maßnahmen und über die Ausgabenentwicklung im Zeitraum 1992-1996 des RG 24. Mai 1992, Nr. 4 des RG vom 25. Juli 1992, Nr. 7 und des RG vom 28. Februar 1993, Nr. 3. vor.“

PRÄSIDENT: Danke für die Verlesung. Ich eröffne die Debatte über den Antrag. Das Wort hat der Abgeordnete Pinter zur Erläuterung, bitte.

PINTER: Grazie Presidente. Questo emendamento risponde ad un'esigenza primaria e prioritaria, che ho indicato ancora nella discussione generale e che tocca un aspetto a dir poco decisivo per quello che riguarda l'applicazione di questa legge concernente il pacchetto famiglia. Perché riguarda un aspetto prioritario? Perché tocca una questione della valutazione degli interventi regionali in materia di previdenza integrativa e complementare.

Allora è chiaro che possiamo avere opinioni politiche diverse rispetto all'opportunità e all'efficacia di questo provvedimento legislativo, quello che non possiamo o non dovremmo avere è una valutazione diversa circa la portata ed i risultati di questo provvedimento legislativo. Voglio dire che in sostanza noi dovremo avere un'adeguata e approfondita conoscenza delle conseguenze di questo provvedimento legislativo, ciò che oggi succede e non riguarda solo questo pacchetto famiglia, ma riguarda tante altre norme. Noi adottiamo dei provvedimenti legislativi, ci convinciamo della bontà degli stessi, lo facciamo perché ci è stato spiegato che è necessario adottare un provvedimento o perché politicamente riteniamo indispensabile farlo, ma poi meno ci preoccupiamo di verificare che effettivamente questo provvedimento abbia la volontà dichiarata, in effetti ottenga dei risultati che sono stati affermati.

Allora è chiaro che noi ci troviamo nella condizione, per esempio per quello che riguarda il pacchetto famiglia, di una legge che nei suoi obiettivi ha dichiarato di voler raggiungere alcuni risultati, quello dell'intervento a sostegno della famiglia, per garantire una migliore integrazione sociale, una migliore tenuta della famiglia in termini

di cura dei propri figli, di cura delle situazioni di bisogno e quant'altro, però poi meno ci siamo preoccupati di vedere se la concreta applicazione di questa legge, vale a dire della legge 4 del 24 maggio 1992, abbia ottenuto quegli obiettivi che la legge stessa ha fissato.

Allora l'emendamento in poche parole direbbe che si stabilisce che la Giunta regionale definisca con regolamento, sentite le Giunte di Bolzano e di Trento, perché ormai sappiamo benissimo che l'attuazione amministrativa compete alle due Giunte provinciali, di avviare un sistema di raccolta e gestione delle informazioni sugli esiti e sulle modalità degli interventi in materia.

Ovviamente è chiaro, Presidente ed assessore competente, perché ne ho preso visione ed ho anche esaminati con attenzione alcuni dati circa l'applicazione del provvedimento legislativo, cioè quantità dell'investimento finanziario, numero di soggetti destinatari dell'intervento e quant'altro, ma meno ci siamo preoccupati di testare, di misurare, di verificare che questi provvedimenti ottengano un beneficio sociale per i destinatari e per le famiglie. Allora ho sempre detto che accetterei di superare il mio pregiudizio nei confronti di questo pacchetto famiglia, qualora mi fosse dimostrato in termini di rigorosa analisi sociologica dei benefici ottenuti con la presente legge, perché in mancanza di un'adeguata valutazione sono legittimato a ritenere che la legge non ottiene i risultati auspicati, cioè che in altre parole noi disponiamo di una serie di provvedimenti, che però di fatto non migliorano la situazione in termini di benessere sociale, di tenuta delle relazioni familiari, di garanzia per la cura dei figli e di quant'altro.

Allora non voglio dire con assoluta certezza che questa legge arreca dei danni nel tessuto sociale, ma posso dire con presunzione, perché in mancanza di un'analisi sono tenuto a sostenerlo, che questa legge non ottiene quei risultati che apparentemente dichiara, cioè in altre parole che il beneficio sociale è più nella testa dei politici che hanno voluto questa legge, che non nel dato reale, concreto, oggettivo.

PRÄSIDENT: Danke. Wer meldet sich noch zu Wort? Der Abgeordnete Benedikter hat das Wort.

BENEDIKTER: Bei dieser Überprüfung, die da in aller Form vorgeschlagen wird, komme ich zurück auf das chilenische System, das ausschließlich auf individuellen Sparkonten auf der Basis des Kapitaldeckungsverfahrens beruht. Weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer zahlen einen Sozialversicherungsbeitrag an den Staat. Der Arbeitgeber zahlt vielmehr zwischen 10-15% des um den früheren Arbeitgeberbeitrag erhöhten Lohnes auf dessen Altersvorsorgekonto ein, und geführt werden die Konten von privaten Pensionskassen, die einer staatlichen Aufsicht unterstellt sind. Ein Arbeitnehmer kann seine Kassa jederzeit wechseln, er erhält alle drei Monate einen Kontoauszug, der Aufschluß über die Leistungen und den Stand des Altersguthabens gibt. Dementsprechend stark ist der Wettbewerb unter den Kassen.

Hat ein Arbeitnehmer mindestens 20 Jahre eingezahlt und erreicht nach der Pensionierung nicht die staatlich definierte Minimalrente, wird die Differenz vom Staat

beglichen. Obwohl es den Arbeitnehmern möglich war, bei der staatlichen Versicherung zu bleiben, gingen 93% zum neuen System über. Inzwischen gibt es eine ähnliche Altersvorsorge auch in Argentinien. Peru, Kolumbien, Bolivien, El Salvador und Mexiko werden folgen. Seit Mitte der 70er Jahre haben also die Chilenen ihren rückständigen Wohlfahrtsstaat in eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt umgewandelt. Sie haben das Wachstum der Geldmenge reduziert, die Handelsbarrieren beseitigt und staatliche Unternehmen privatisiert. Insgesamt wurden 3% des öffentlichen Sektors gekappt d.h. ausgeschaltet. Durch drastische Steuer- und Ausgabensenkung wurde das Haushaltsdefizit eliminiert und Ende 95 in einen Überschuß von 2% des Bruttoinlandproduktes verwandelt. Chiles heimische Sparquote ist auf 25% des Bruttoinlandproduktes und damit auf die doppelte Höhe der staatlichen Sparquote angestiegen, was eine entsprechend hohe Investitionsquote zur Folge hatte. Die chilenische Wirtschaft ist während des letzten Jahrzehnts mit 7% jährlich gewachsen, mehr als zweimal, so schnell wie die vereinigte staatliche Wirtschaft.

Chile hatte ein staatliches Rentensystem, das von den Politikern schamlos ausgebeutet und in den Bankrott gefahren wurde. So lautet der offizielle Bericht. 1981 begannen die Chilenen das Sozialversicherungssystem zu privatisieren. Es wurde privaten Unternehmen erlaubt, um den Altersvorsorgeersparnissen der Arbeiter zu konkurrieren, die einen weiten Entscheidungsspielraum von 10% - 20% des Lohnes für ihre Beiträge haben. Neun von zehn Chilenen haben sich dem neuen System angeschlossen. Jetzt gehören die Rentenkonten den Arbeitern selber, die Renten sind im neuen System 40% bis 50% höher als im alten.

Es wäre eben aufgrund der vom Abgeordneten Pinter vorgeschlagenen offiziellen Rechnungslegung interessant zu erfahren, ob sich bei diesem System etwas im Sinne der Deckung ändert. Die Deckung beträgt wie gesagt heute 3% bzw. bei Geburtengeld 3,31%, bei der Betreuungszulage 3,8% und bei den Familienzulage 16,3% und ist nur beim Tagegeld bei Haushaltsunfälle auf 74% angestiegen, aber da sind im Jahr 1996 insgesamt 1.000.348.000.- Lire ausgezahlt worden. Die Hausfrauenrente hat eine Deckung von 25%. Die Region regelt, verwaltet praktisch ein Sachgebiet, das primäre, ausschließliche Zuständigkeit der Provinzen ist. Ich verstehe schon, daß man dann sagt, die Region muß erhalten werden, denn wenn dieses Sachgebiete zu den Provinzen übergehen würde, dann würde diese ganze sogenannte Ergänzungsvorsorge wegfallen und daher muß die Region erhalten bleiben. Wir müssen sie scheinbar erhalten, so wie es im Koalitionsabkommen steht, und zwar entgegen den anderslautenden Bekundungen der SVP. Das Los von Trient wird widerrufen auch wegen dieser Ergänzungsvorsorge. Die Region muß potenziert werden, um die Einheit Italiens zu gewährleisten. Danke.

PRÄSIDENT: Die Abgeordnete Kury hat das Wort. Bitte.

KURY: Zur Unterstützung dieses Abänderungsantrages vom Abgeordneten Pinter wollte ich nur noch kurz auf folgenden Aspekt hinweisen. Letzten Sonntag war Tag der

Frau, und zu diesem Anlaß haben die Frauen des Südtiroler Landtages gemeinsam eine kürzlich erlassene Richtlinie des Ministerpräsidenten Prodi vorgestellt, wo ein Zehn-Punkte-Programm zur Erreichung einer Chancengleichheit vorgesehen ist und wo gerade Punkt 3 das beinhaltet, was mit diesem Abänderungsantrag eigentlich bezweckt werden soll, nämlich, daß es zur Erreichung der Chancengleichheit wichtig ist, daß man bei der Erfassung der Situation der Bürger und Bürgerinnen von einer geschlechtsneutralen Analyse wegkommt und daß man auf die unterschiedliche Situation der Männer und Frauen Wert legt, und jetzt kommt das wichtige, daß man vor Erlaß von politischen Maßnahmen jeweils die Wirkung auf die Menschen berücksichtigt.

In diesem Falle natürlich im besonderen die Wirkung auf die Frauen und wenn ich den Punkt 2 des Abgeordneten Pinters anschau, dann will er ja eigentlich nichts anderes als daß man zuerst einmal analysiert, wie die Lage ist, vor allem die Lage der Frauen, und daß man, bevor man Maßnahmen erläßt, überlegt, welche Auswirkung diese Maßnahmen für die Zukunft der Frauen haben, und zwar im Laufe ihres Lebens, also gesondert nach Lebensabschnitten und gesondert auch nach ihrer sozialen Situation.

Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen: bei dieser Vorstellung waren offensichtlich sämtliche Frauen des Südtiroler Landtages vertreten, d.h. also vier Parteien waren der Meinung, daß diese Maßnahmen auf alle Fälle im jeweiligen Gremium zu unterstützen seien bzw. daß wir Frauen eigentlich solche Maßnahmen fordern sollten. Der Abgeordnete Pinter ist uns da zugekommen, aber natürlich bekommt er die Unterstützung von unserer Gruppierung, zumal das ja das einzige Kohärente ist, was wir hier in diesem Fall tun können.

PRÄSIDENT: Danke. Die Abgeordnete Chiodi hat das Wort. Bitte.

CHIODI: Assessore Romano, stiamo modificando un disegno di legge che è stato molto criticato, come ho avuto occasione di dire questa mattina ed abbiamo anche perso un'occasione, però credo che al di là di questo non c'è maggior sordo di chi non vuol sentire, quando non si capisce che le proposte di modifica che vengono presentate sono proposte che vorrebbero arrivare a modificare dei disegni di legge in senso più positivo, cercando un confronto su questi disegni di legge, eccetera.

Allora tornando a questo credo che potrebbe essere un emendamento da poter accettare con molta facilità, perché in questo emendamento lei può ritrovare un modo per avere delle risposte più sicure, lei stesso sta facendo una legge e non so se si è accorto che ha in mano dei dati che non contano nulla, perché sono i dati che qualcuno prima di lei ha avviato sulle nostre interrogazioni, sono dati quantitativi.

Allora voglio dire che se lei accettasse questo emendamento avrebbe più dati, potremmo pensare di come intervenire, c'è una questione di trasparenza, perché non c'è ombra di dubbio che anche a livello nazionale si stanno muovendo nell'ottica di lavorare guardando le famiglie, i dati che sono usciti anche sulla nostra stampa parlano di famiglie in difficoltà, anche nelle nostre due province, famiglie che hanno difficoltà di sopravvivenza, eccetera.

Allora credo che per fare questo tipo di politiche, qualsiasi assessore che viene dopo di lei ha semplicemente bisogno di un impianto di dati per poter confrontare, per poter dire, per poter vedere soprattutto dove andare ad incidere, perché se noi l'avessimo fatto prima, anche nelle leggi che erano state presentate nel 1992, forse alcune cose si potevano lasciare, eccetera.

Allora questo non è un emendamento che va a stravolgere l'impianto del disegno di legge, però è un emendamento che fa chiarezza e trasparenza, perché possiamo ben dire scherzando che chi ha proposto questo disegno di legge l'ha fatto in maniera elettorale, non so se gli altri scherzano, io lo dico per davvero, però credo che questo non sia né un compito, né un ruolo del Consiglio regionale.

Se noi agiamo su alcuni argomenti è perché dobbiamo sapere come agire, dove andare a finire e cosa andiamo a proporre, perché in fin dei conti stiamo usando i soldi pubblici. Allora credo che un emendamento che non va a stravolgere l'impianto della legge, che però dà la possibilità a tutti di conoscere i dati, a tutti di fare un ragionamento e dà la possibilità di fare un discorso di trasparenza, non va a cambiare il mondo e lei che è sensibile a questi argomenti non dovrebbe avere dubbi nell'accettare un emendamento che porta alla trasparenza, assessore Romano.

PRÄSIDENT: Danke. Wer meldet sich noch von den Abgeordneten zu Wort? Niemand, dann gebe ich das Wort dem Assessor Romano zur Replik.

ROMANO: Grazie signor Presidente. Poco fa simpaticamente il collega Pinter, quando si parlava di quella norma transitoria, diceva che queste norme transitorie sono la prova che gli articoli proposti dal collega Romano sono un po' confusi, anzi c'è tanta confusione.

Leggendo i sei commi di questa legge, dicevo: ahi, ahi collega Pinter, ahi ahi! Mi sembra che qui la confusione aumenta, perché ho cercato di capire cosa voleva dire essere iscritto in questi sei commi e alla fine ho capito che bisogna trovare un regolamento che analizzi i dati e verifichi le risultanze e le corrispondenze di questa legge, dei soldi che andiamo a spendere con questa legge.

Se questo era l'obiettivo, non sono riuscito a capire se i commi zeppi di riferimenti legislativi finiscono veramente per aumentare la confusione. Poi facevo una riflessione e vediamo di arrivare caso mai ad una mediazione che proporrò al collega. Questo discorso della verifica delle leggi non vale mica solo per il pacchetto famiglia, è un discorso che vale per tutte le leggi. Sono da dieci anni in questo Consiglio e quindi ho una certa anzianità e verifiche di questo genere le ho viste sempre attuate attraverso mozioni o ordini del giorno alle varie leggi, quindi mi sono fatto subito questa domanda: ma perché esprimere in sei punti pedissequi e quindi non più modificabili se non con un'altra legge delle cose che possono trovare la loro attuazione nello strumento più agile dell'ordine del giorno. Non dico per la prima volta, ma è assolutamente inusuale.

Per quella trasparenza che viene così invocata dalla collega Chiodi e che mi trova perfettamente d'accordo, ci mancherebbe altro, si può anche fare, ma il tutto può

essere limitato al comma 1 dell'articolo proposto, perché il comma 1 praticamente dice tutto quello che bisogna fare.

Non riesco a capire, collega Pinter, perché bisogna andare avanti con indicazioni che potrebbero poi essere o non esaustive o riduttive o addirittura ridondanti, ripeto, una legge si può cambiare solo con un'altra legge, ci troviamo davanti ad un blocco.

Allora sono d'accordo sul punto primo che bisogna fare un regolamento, in base al quale i dati vengono utilizzati, eccetera, ma tutti gli altri punti non servono, abbiate pazienza.

Quindi credo di interpretare anche l'opinione della maggioranza, la questione di principio del punto 1 va benissimo, tutti gli altri che dicono come poi bisogna gestire i dati raccolti, è un fatto tecnico regolamentare. Quindi penso di poter concordare sul punto 1 che va bene, ma gli altri punti sarebbero assorbiti, in questo senso penso che il punto 1 possa essere accettato e chiedo in questo l'accordo del collega Pinter.

Al limite i 120 giorni bisogna un po' vedere, collega Pinter.

PRÄSIDENT: Danke. Abgeordneter Pinter hat das Wort zur Replik.

PINTER: Grazie Presidente. Volevo prima premettere, caro assessore Romano, che ad una legge confusa gli emendamenti debbono necessariamente essere confusi, perché come faccio io a tenere conto della complessità del suo provvedimento legislativo, se non ponendo l'attenzione del Consiglio nell'emendamento, che altrettanto riflette questa complessità; questa è una pallida giustificazione, sia chiaro, non voglio difendere all'infinito la portata di questo provvedimento, difendo all'infinito la sostanza dell'emendamento, non tanto la scrittura dello stesso, sono molto attento alla formulazione legislativa ed io che sono pronto anche in senso autocritico a riconsiderare la formulazione degli emendamenti stessi, d'altronde lei non ha presentato un disegno di legge in tempi tali da permettersi di presentare eventuali correzioni in modo ragionevole, ma ci ha obbligato ad una scrittura degli emendamenti in tempi ristretti, proprio perché il suo non è un provvedimento legislativo, ma un emendamento ad un disegno di legge.

Detto questo, sono d'accordo nel fatto di sottoporre a votazione ed approvazione solo il comma 1 di questo emendamento, di modo che si possa raggiungere il risultato, perché non faccio della forma una questione di difesa di principio, ma faccio una questione della sostanza e cioè che si faccia la valutazione degli interventi regionali sul pacchetto famiglia e quindi mi rimetto ad una regolamentazione che sia di competenza della Giunta stessa.

Quindi mi va bene di votare solo il comma 1 di questo emendamento.

PRÄSIDENT: Damit ist die Debatte abgeschlossen. Die Abgeordnete Klotz hat die namentliche Abstimmung verlangt und dem wird stattgegeben.

Consigliere Pinter, Lei insiste su tutto? Solo sul comma 1? Il resto si intende ritirato? Dann stimmen wir ab über den Absatz 1; Assessor Romano hat gesagt, daß er einverstanden ist.

Ist der Namensaufruf erforderlich? Es ist eine Abstimmung mit der anscheinend alle einverstanden sind. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': Achmüller (ja), Alessandrini (sì), Andreotti (non presente), Atz (ja), Benedetti (sì), Benedikter (ja), Benussi (astenuto), Berger (ja), Binelli (sì), Boldrini (astenuto), Bolzonello (astenuto), Bondi (non presente), Casagrande (sì), Chiodi-Winkler (sì), Cigolla (sì), Conci-Vicini (non presente), Dalbosco (non presente), Delladio (sì), Denicolò (ja), De Stefani (non presente), Di Puppo (non presente), Divina (non presente), Durnwalder (non presente), Fedel (sì), Feichter (ja), Frasnelli (non presente), Frick (non presente), Gasperotti (sì), Giordani (sì), Giovanazzi (sì), Grandi (sì), Holzer (non presente), Holzmann (astenuto), Hosp (ja), Ianieri (non presente), Kasslatte Mur (non presente), Klotz (ja), Kofler (ja), Kury (ja), Laimer (ja), Leitner (ja), Levegghi (sì), Mayr C. (ja), Mayr J. (non presente), Messner (ja), Minniti (astenuto), Montefiori (non presente), Morandini (sì), Moser (sì), Munter (non presente), Muraro (sì), Pahl (non presente), Palermo (astenuto), Pallaoro (sì), Panizza (sì), Passerini (astenuto), Peterlini (ja), Pinter (sì), Romano (sì), Saurer (ja), Tarfusser (ja), Taverna (astenuto), Tosadori (non presente), Tretter (sì), Valduga (sì), Vecchi (sì), Viola (sì), Willeit (sì), Zanoni (non presente), Zendron (sì).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	51
Ja-Stimmen:	43
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	8

Damit ist der Abänderungsantrag genehmigt. Wir kommen jetzt zum Artikel 2. Ich bitte um Verlesung.

WILLEIT:

Art. 2
(Rimborso oneri di gestione)

1. All'articolo 3, comma 3 della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7, all'articolo 3, comma 3 della legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3, all'articolo 7, comma 3 della legge regionale 27 novembre 1993, n. 19, nonché all'articolo 1, comma 3 della legge regionale 27 novembre 1995, n. 12, è aggiunta la frase seguente: "Il 4 per cento di questo fondo rappresenta il rimborso forfetario degli oneri di gestione della presente legge."

2. L'attuazione del comma 1 decorre dall'esercizio finanziario 1996.

DENICOLO:

Artikel 2
(Vergütung der Verwaltungsausgaben)

1. Dem Artikel 3 Absatz 3 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7, dem Artikel 3 Absatz 3 des Regionalgesetzes vom 28. Februar 1993, Nr. 3, dem Artikel 7 Absatz 3 des Regionalgesetzes vom 27. November 1993, Nr. 19 sowie dem Artikel 1 Absatz 3 des Regionalgesetzes vom 27. November 1995, Nr. 12, wird der folgende Satz hinzugefügt: „Vier Prozent dieses Ansatzes stellen die pauschale Vergütung der Ausgaben für die Verwaltung dieses Gesetzes dar.“

2. Die Anwendung des Absatzes 1 läuft ab dem Rechnungsjahr 1996.

Dazu gibt es einen Abänderungsantrag, eingereicht von Assessor Romano und anderen.

In Artikel 2 Absatz 2 werden die Worte „Rechnungsjahr 1996“ durch die Worte „Rechnungsjahr 1998“ ersetzt.

Nach Absatz 2 des Artikels 2 wird folgender Absatz 2 bis eingefügt:

„2 bis. Jeder autonomen Provinz wird für die Jahre 1996 und 1997 ein einmaliger Betrag in Höhe von 1 Milliarde Lire zur teilweisen Rückerstattung der bestrittenen Ausgaben zuerkannt“.

WILLEIT: Dopo il comma 2 dell'art. 2 è inserito il seguente comma 2 bis.

“2 bis. A parziale rimborso delle spese sostenute, per gli anni 1996 e 1997 è assegnata una somma una tantum pari a lire 1 miliardo a ciascuna Provincia autonoma”.

DENICOLO: Zu diesem Abänderungsantrag gibt es einen Abänderungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Pinter und anderen, der folgendermaßen lautet:

„Absatz 2 bis ist aufgehoben.“

„Il comma 2 bis è soppresso.“

PRÄSIDENT: Wir behandeln diese Änderung zur Änderung vom Abgeordneten Pinter. Abgeordneter Pinter, bitte.

PINTER: Grazie Presidente. L'emendamento soppressivo riguarda questo stanziamento di 1 miliardo una tantum alle Province per oneri sostenuti. Ora anche qui siamo un po' al di sopra delle righe, assessore, con tutto il rispetto, perché non è che può giustificarmi questa norma dicendomi che è stato cancellato il vecchio provvedimento legislativo, ce n'è uno nuovo e quindi ci sono degli oneri nuovi che vanno disciplinati, qui stiamo parlando di una sanatoria su oneri stabiliti dalla precedente legge.

Quindi non capisco perché gli oneri già stabiliti dalla precedente legge non possono rientrare in quelli che sono i trasferimenti già stanziati dalla legge alle due province, quale è stato l'imprevisto? Quale è stata la ragione in base alla quale si è determinato 1 miliardo una tantum di stanziamento straordinario per le province?

So che lei è un assessore magnanimo, notoriamente è conosciuto per la sua generosità, ma sappiamo che il Presidente della Giunta regionale Grandi è notoriamente magnanimo, almeno quando dispone del bilancio della Regione, non necessariamente del suo bilancio, ma almeno di quello della Regione e quindi possiamo comprendere tutto, però francamente vorremo comprendere la ragione di questo stanziamento un tantum, cioè quale è stato l'imprevisto, quale è stata la sopravvenienza di oneri particolari che hanno determinato la necessità di questa straordinarietà.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand, dann erteile ich dem Ausschuß das Wort. Bitte Assessor Romano.

ROMANO: Collega Pinter, non è un problema di magnanimità, è un problema che deriva dall'esito che hanno avuto l'impiego di soldi in questi anni. La norma attualmente in vigore prevedeva che per gli oneri di gestione, per gestire tutte le leggi, alle due Province andasse un importo pari al 3% di quanto speso per la legge 4. Quindi tutto l'apparato doveva essere finanziato dal 3% di quanto speso dalle Province per la legge 4. E' chiaro che se veniamo in quest'aula a modificare la legge 4, è perché la legge 4 non ha brillato neanche nelle spese.

Per cui la gestione di tutto il pacchetto famiglia, di tutta la previdenza integrativa si è trovata sotto, perché avendo avuto spese ridotte, mentre gli oneri di gestione devono comunque consentire di funzionare, allora si sono trovate in deficit. Ora abbiamo modificato ed abbiamo portato per gli anni futuri gli oneri di gestione al 4% di tutti gli interventi, quindi di tutti i 70 miliardi e così abbiamo riparato.

Questo miliardo tende a sanare un'impostazione che poi è stata corretta, è tutto lì.

PRÄSIDENT: Danke, möchte der Abgeordneter Pinter das Wort zur Replik? Bitte Abgeordneter Pinter.

PINTER: Grazie Presidente. Solo per dire che la giustificazione dell'assessore Romano lascia a desiderare, perché è un'affermazione un po' tautologica, nel senso che afferma quello che dice, però non aggiunge particolari elementi di riferimento per motivare il provvedimento, pertanto nel dubbio mantengo l'emendamento soppressivo.

PRÄSIDENT: Geheimabstimmung wird beantragt und es wird ihr stattgegeben. Wir stimmen ab über den Antrag des Abgeordneten Pinter. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 52

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 30
weiße Stimmzettel: 6

Damit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.
Frau Abgeordnete Zendron, bitte.

ZENDRON: Egregio Presidente, nonostante la chiarezza dei risultati di questa votazione, sono obbligata a segnalarle un'irregolarità grave, che è avvenuta durante la votazione.

Ho visto inserire una scheda, da parte del Presidente Tretter, il quale però non era in aula. Io ho fatto presente questo dato un momento fa e vorrei che lei ripetesse quello che mi ha detto, oppure se ha cambiato idea che lo dicesse in un altro modo, facendole presente che se questo è possibile ovviamente lo faremo sempre tutti noi, perché invece io credo che queste cose non siano ammissibili e non si possa inserire nell'urna una scheda di una persona che non è in aula. In generale si può inserire nell'urna la scheda solamente del Presidente che non può lasciare il suo posto, tutti gli altri devono essere presenti fisicamente davanti all'urna.

Vorrei che lei chiarisse questa cosa ed anche se il risultato è fuori di ogni dubbio, che facesse ripetere per questioni formali la votazione e rassicurasse l'aula che questo è un comportamento da non ripetersi.

PRÄSIDENT: Ich habe mich gerade mit dem Abgeordneten Willeit beraten, der an der Urne für die Ordnungsmäßigkeit der Abstimmung gesorgt hat. Er hat mir bestätigt, daß Vizepräsident Tretter ihm persönlich den Stimmzettel übergeben hat. Das geschieht oft mit den Präsidiumsmitgliedern, aber auch mit anderen Abgeordneten, die ihm den Stimmzettel anvertrauen. Und er hat dann dafür gesorgt, daß der Zettel auch entsprechend in die Urne geworfen worden ist, wobei der Wahlakt mit der Übergabe an das Präsidiumsmitglied eigentlich erfolgt ist.

Frau Abgeordnete Zendron, wir haben hier nicht das Reglement des Landtages, das verlangt, daß der Abgeordnete anwesend sein muß. Der Abgeordnete Tretter hat gewählt und damit ist die Sache in Ordnung. Außerdem ist er zum Telefon gerufen worden. Es ist kein Grund für eine Diskussion zwischen uns beiden, Frau Abgeordnete Zendron.

ZENDRON: Presidente, vorrei che lei dicesse tutto, poi chiederò la trascrizione del verbale su ciò che lei ha detto, perché mi sembra una cosa così fondamentale, cioè lei sostiene che i membri dell'Ufficio di Presidenza possono consegnare la scheda e poi andare fuori? Secondo me possono consegnare la scheda perché stanno facendo un lavoro, cioè Denicolò che stava facendo l'appello chiaramente doveva consegnare la scheda, lei che in questo momento esercita la funzione di Presidente, oltre che esserlo, deve consegnare la scheda, però per gli altri membri dell'Ufficio di Presidenza, che sia

ammesso che uno si alzi, consegna la scheda e se ne vada, allora lei ci deve fare la lista di coloro che hanno diritto a consegnare la scheda ed andarsene.

Non lo ho mai sentito in nessun Parlamento, ma se lei lo sostiene, la prego per favore di ripeterlo, affinché ci sia un atto scritto, sulla base del quale potremo fare ulteriori considerazioni e passi, perché mi sembra giusto che questo sia chiarito fino in fondo. Se lei sostiene che questa è una specialità del nostro Consiglio mi può andare bene, nel senso che voglio che lei lo dica, poi naturalmente non sono affatto d'accordo, lo trovo veramente inammissibile che ci sia una votazione per interposta persona, senza essere presente in aula, è molto grave, perché qui abbiamo il risultato di 16 a 30, ma nel momento in cui il risultato fosse di 16 a 15 allora chiaramente la questione sarebbe da porsi in modo completamente diverso.

Per cui la prego di esprimersi con chiarezza, in maniera che poi abbiamo la documentazione, la testimonianza di quale sia la sua opinione.

Chiedo comunque di ripetere la votazione, perché non mi ha convinto.

PRÄSIDENT: Frau Abgeordnete Zendron, ich wiederhole gerne was ich schon gesagt habe. Wir haben nicht das Reglement des Landtages. Unser Reglement sieht darüber überhaupt nichts vor. Normalerweise ist es so, daß der Abgeordnete wählt, indem er den Stimmzettel in die Urne wirft. Nachdem die Präsidiumsmitglieder normalerweise am Präsidiumstisch verpflichtet sind, übergeben sie einem der Sekretäre die Stimmzettel und normalerweise bleiben sie auch da.

Es ist möglich, daß nachdem der Abgeordnete Tretter den Stimmzettel übergeben hat - und das war der Fall - hinausgegangen ist. Ich weiß es nicht und ich habe es nicht gesehen. Jedenfalls hat er gewählt, das bestätigt mir der Abgeordnete Willeit, da er ihm den Stimmzettel übergeben hat. Diese Ausnahmeregelung gilt nur für das Präsidium, und zwar mit der Begründung, daß die Präsidiumsmitglieder Verpflichtungen haben. Normalerweise sind wir hier am Präsidiumstisch; ich habe auch über diesen Weg gewählt und habe ihm den Stimmzettel übergeben, aber ich bin in der Aula geblieben. Normalerweise soll man in der Aula bleiben, aber ich habe keine Kontrolle darüber, ob jemand dann hinausgeht. Auf jeden Fall ist der Akt der Übergabe und damit der Wahl erfolgt und ich sehe keinen Anlaß die Abstimmung zu wiederholen, weil kein Zweifel an der Richtigkeit der Abstimmung vorliegt. Wenn ein Zweifel über die Rechtmäßigkeit der Abstimmung vorliegen würde und sich das Stimmergebnis geändert hätte, dann würde ich sagen, etwas ist nicht ordnungsgemäß gewesen. Das Reglement sieht nichts vor und ich lege es so aus.

Abgeordneter Palermo, bitte.

PALERMO: Presidente, sulla questione che ha sollevato la collega, credo che si possa definirla in un modo anche semplice. Ai sensi del regolamento la ripetizione e l'annullamento della votazione è rimessa all'Ufficio di Presidenza, precisamente l'art. 97 recita: "Nell'ipotesi di irregolarità e, segnatamente, se il numero dei voti risultasse superiore al numero dei votanti, l'Ufficio di Presidenza, valutate le circostanze, può annullare la votazione e disporre che si ripeta."

Quindi, forse su questa circostanza mi pare di aver compreso l'intenzione del Presidente di non far annullare la votazione, però da parte sua, anche se non viene annullata e disposta una nuova votazione, potrebbe essere stabilito o indicato un principio che valga a fissare il comportamento dei consiglieri durante le votazioni.

Credo che questo sia in fin dei conti il punto che vuole indicare la collega Zendron, semplicemente precisare questo, cioè ai sensi dell'art. 97 può anche dichiararsi che vi è stata un'irregolarità senza annullare, però dichiarando che vi è stata sia pure un'irregolarità, ma anche di carattere minimo, ma che non ha influito sulla sostanza delle votazioni, però almeno si indichi quale è la condotta specifica che debbono assumere anche i consiglieri dell'Ufficio di Presidenza, perché altrimenti se non si dichiara che vi è stata un'irregolarità, di norma, qualunque componente dell'Ufficio di Presidenza ogni volta che vi è una votazione consegna la scheda e se ne esce. Questo non mi pare che sia stabilito.

Quindi credo che lei possa prendere atto di quello che è avvenuto e non annullare in considerazione del fatto che non influirebbe sulla votazione.

PRÄSIDENT: Danke Abgeordneter Palermo für diese Rechtshilfe. Ich sehe keinen Grund die Abstimmung zu wiederholen, weil sich das Stimmergebnis nicht ändert und das sieht der Artikel 97 der Geschäftsordnung vor. Es ist aber gut wenn wir in diesem Fall festhalten, daß die Abstimmung erfolgen sollte, indem jeder Abgeordnete seinen Stimmzettel in die Urne wirft. Für das Präsidium wird diesbezüglich eine Ausnahme gemacht, indem man dem Sekretär, der gerade an der Urne ist, den Stimmzettel für die Abgabe an der Urne gibt. In der Regel muß man aber in der Aula bleiben. Ich sage in der Regel, weil wenn etwas passiert was außerordentlich ist, dann wäre die Regel gebrochen. Um das eindeutig zu klären, wird sich das Präsidium damit befassen. Es hat sich ja sehr gut bewährt, daß wir von konkreten Fällen ausgehend dann eine Auslegungsform gegeben haben. Bis jetzt hat das immer gut funktioniert, aber ich möchte sie auch nicht alleine treffen. Jetzt gehen wir weiter.

Abgeordnete Klotz, bitte.

KLOTZ: Das bedarf aber jetzt schon einer Klärung an Ort und Stelle, wenn Sie folgendes sagen: das Präsidiumsmitglied, das nicht vom Präsidiumstisch weggehen kann, gibt den Stimmzettel dem Sekretär, der gerade an der Urne steht. Das ist richtig, aber dann sagen Sie: er ist in der Regel in der Aula.

Herr Präsident, er hat in der Aula zu sein! Wissen Sie warum? Theoretisch könnte ein Präsidiumsmitglied eine Stunde vor der Abstimmung einfach zwei oder drei Stimmzettel dem Sekretär geben und ihm sagen, wenn es zur Abstimmung kommt: wirf den Stimmzettel hinein. Es ist dann gleichgültig, ob er anwesend ist oder nicht. Das Mitglied, das seinen Stimmzettel abgeben läßt und nicht selber abgibt, hat in der Aula zu sein, hat anwesend zu sein. Diese Ausnahme ist nur dafür gedacht, weil der Präsident seinen Präsidentensessel nicht verlassen kann, weil derjenige, der den Namensaufruf macht, nicht seinen Sitz verlassen kann, denn wie sollte er dann arbeiten? Er muß ja dort bleiben, um die Namen zu verlesen und um abzuhacken, wer abgestimmt hat. Die

anderen, die sich an der Abstimmung beteiligen, müssen zum Zeitpunkt des Namensaufrufes in der Aula sein.

PRÄSIDENT: Danke Frau Abgeordnete Klotz. Ich wiederhole: der Abgeordnete Tretter hat gewählt und ein Präsidiumsmitglied hat es bestätigt. Ich weiß es nicht, ob er dann anwesend war oder nicht. Ich wiederhole, wenn die Mitglieder des Präsidiums in dieser Form wählen und den Stimmzettel abgeben, müssen sie während der Abstimmungsprozedur und während des Namensaufrufes in der Aula bleiben.

Jetzt kommen wir zum Abänderungsantrag vom Abgeordneten Romano zum Artikel 2, der schon verlesen worden ist. Möchte sich jemand dazu zu Wort melden? Niemand, dann stimmen wir ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Bei 28 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und keiner Enthaltungen ist der Artikel genehmigt.

Jetzt müssen wir über den so geänderten Artikel 2 abstimmen. Ist da eine Wortmeldung? Abgeordneter Saurer? Nein. Ianieri? Ist nicht hier. Geheimabstimmung? Wer schließt sich dem Antrag auf Geheimabstimmung an? Danke, damit wird geheim abgestimmt. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	50
Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	16
weiße Stimmzettel:	2

Damit ist der geänderte Artikel 2 genehmigt.
Jetzt kommen wir zum Artikel 3. Ich bitte um Verlesung.

WILLEIT:

Art. 3
(Proroga dei termini)

1. I termini per la presentazione delle domande di cui agli articoli 12, 17, 20, 25 e 29 della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4, e successive modifiche, delle domande di cui agli articoli 5, 9 e 16 della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 e successive modifiche, nonché delle domande di cui all'articolo 5 della legge regionale 27 novembre 1993, n. 19, sono prorogati fino al 30 giugno 1997.

2. Le domande presentate ai sensi delle disposizioni di legge di cui al comma 1, già respinte, alla data di entrata in vigore della presente legge, per scadenza dei termini, possono essere accolte ed erogate le prestazioni spettanti.

3. A partire dalla data di entrata in vigore della presente legge, la domanda intesa ad ottenere l'indennità di cui alla legge regionale 27 novembre 1993, n. 19, deve essere presentata entro 180 giorni dalla data di licenziamento.

4. L'articolo 1 è applicato con decorrenza dal 1° gennaio 1997.

DENICOLO:

Artikel 3
(Terminverlängerung)

1. Die Termine für die Einreichung der Gesuche gemäß Artikel 12, 17, 20, 25 und 29 des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4, in geltender Fassung, die Termine in bezug auf die Gesuche gemäß Artikel 5, 9 und 16 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7, in geltender Fassung, sowie die Termine in bezug auf die Gesuche gemäß Art. 5 des Regionalgesetzes vom 27. November 1993, Nr. 19, sind bis zum 30. Juni 1997 verlängert.

2. Die aufgrund der im Absatz 1 genannten Gesetzesbestimmungen eingereichten Leistungsanträge können, falls sie wegen Terminüberschreitung bis zum Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes abgelehnt worden sind, angenommen und die beantragte Leistung ausbezahlt werden.

3. Ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes ist das Gesuch um Erhalt der Zulage gemäß Regionalgesetz vom 27. November 1993, Nr. 19, innerhalb von hundertachtzig Tagen ab dem Tag der Entlassung einzureichen.

4. Artikel 1 kommt mit Wirkung ab dem 1. Jänner 1997 zur Anwendung.

Dazu gibt einen Abänderungsantrag von Assessor Romano und anderen.

Artikel 3 wird durch folgenden ersetzt:

Artikel 3
(Terminverlängerung)

1. Die Fristen für die Einreichung der Gesuche gemäß Artikel 12, 20, 25 und 29 des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4, mit seinen späteren Änderungen, entsprechend dem vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Wortlaut, sowie die Fristen für die Einreichung der Gesuche gemäß Art. 5 und 16 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7 in geltender Fassung, werden bis zum 30. Juni 1998 verlängert.

2. Die aufgrund der im Absatz 1 genannten Gesetzesbestimmungen eingereichten Leistungsanträge können, falls sie bis zum Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes abgelehnt worden sind, auf Antrag, der innerhalb eines Jahres ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes zu stellen ist, wieder überprüft werden.

3. Die Gesuche um Erhalt der Leistungen gemäß Art. 13 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7, können, falls der Anspruchsberechtigte vor

dem 30. September 1993 verstorben ist, innerhalb 31. Dezember 1988 von den Hinterbliebenen eingereicht werden.

WILLEIT: L'articolo 3 è sostituito dal seguente:

“Art. 3
(Proroga dei termini)

1. I termini per la presentazione delle domande di cui agli articoli 12, 20, 25 e 29 della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4 e successive modificazioni nel testo previgente all'entrata in vigore della presente legge, delle domande di cui agli articoli 5 e 16 della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 e successive modificazioni sono prorogati al 30 giugno 1998.

2. Le domande presentate ai sensi delle disposizioni di legge di cui al comma 1, già respinte alla data di entrata in vigore della presente legge, sono riesaminate a domanda da presentarsi entro un anno dalla data di entrata in vigore della presente legge.

Le domande per ottenere le prestazioni di cui all'articolo 13 della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7, qualora l'avente diritto sia deceduto prima del 30 settembre 1993, possono essere presentate dai superstiti entro il 31 dicembre 1998”.

DENICOLO': Dazu gibt es nun einen Abänderungsantrag zu diesem Abänderungsantrag, der jetzt zu behandeln ist. Eingebracht von Mayr, Feichter, Messner, Kasslatte-Mur und anderen.

Der Abänderungsantrag zum Art. 3 des Regionalgesetzes Nr. 63/XI wird folgendermaßen geändert:

Im Art. 3 (Terminverlängerung), Absatz 1 werden die Worte „Gesuche gemäß Art. 12, 20“ durch die Worte „Gesuche gemäß Art. 11, 12, 20, 21“ ersetzt.

La proposta di emendamento all'art. 3 del disegno di legge regionale n. 63/XI è modificata come segue:

Nell'art. 3 (Proroga dei termini), al primo comma le parole „domande di cui agli articoli 12, 20“ sono sostituite dalle parole „domande di cui agli articoli 11, 12, 20, 21“.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sul subemendamento? Ha chiesto la parola il collega Saurer, ne ha la facoltà.

SAURER: Ich habe schon in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß es zu Beginn, bei der ersten Anwendung des Gesetzes, eine ganz große Unsicherheit in der

Anwendung gegeben hat, sei es bei den Ämtern als auch bei den Patronaten und sicher auch bei den Einzelnen, so daß viele die Termine, die gesetzt worden sind, versäumt haben. Es ist dann immer gesagt worden, daß man versucht hier Lösungen zu finden, und mit diesem Abänderungsantrag werden die Termine neu eröffnet.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Ha chiesto la parola il cons. Morandini, prego.

MORANDINI: Presidente, solo per motivare la mia firma sotto la proposta di subemendamento che è in discussione, nel senso che l'applicazione di queste norme hanno creato in molte realtà, che sono chiamate per loro compiti anche istituzionali ad attuarle, dei momenti e delle incertezze circa l'interpretazione e quant'altro, per cui sovente i cittadini ne sono stati danneggiati. Allora lo scopo di questa riapertura dei termini a cui si riferisce il subemendamento è sostanzialmente questo.

Quindi chiedo, anche se forse il subemendamento, assessore Romano, non è formulato in maniera completamente chiara, chiedo proprio che nella sua applicazione, qualora venisse approvato dall'aula, ci sia proprio una gestione di questa norma, secondo quello che è la ratio che i firmatari, a partire dal sottoscritto, vogliono anettere. La ringrazio.

PRESIDENTE: E' stata chiesta la votazione per appello nominale dal cons. Atz. Iniziamo con il nominativo del cons. Saurer.

DENICOLO': Saurer (*ja*), Tarfusser (*nein*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*sì*), Valduga (*non presente*), Vecli (*sì*), Viola (*sì*), Willeit (*sì*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*no*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*nein*), Benussi (*astenuto*), Berger (*ja*), Binelli (*sì*), Boldrini (*non presente*), Bolzonello (*no*), Bondi (*non presente*), Casagranda (*sì*), Chiodi-Winkler (*non presente*), Cigolla (*sì*), Conci-Vicini (*non presente*), Dalbosco (*non presente*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*non presente*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*sì*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*no*), Giordani (*sì*), Giovanazzi (*sì*), Grandi (*sì*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*ja*), Ianieri (*non presente*), Kasslatte Mur (*ja*), Klotz (*nein*), Kofler (*ja*), Kury (*nein*), Laimer (*ja*), Leitner (*nein*), Leveghi (*non presente*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*astenuto*), Montefiori (*sì*), Morandini (*sì*), Moser (*non presente*), Munter (*non presente*), Muraro (*sì*), Pahl (*non presente*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*sì*), Panizza (*sì*), Passerini (*non presente*), Peterlini (*ja*), Pinter (*non presente*), Romano (*sì*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione del subemendamento:

votanti

43

sì	31
no	8
astenuti	4

Il Consiglio approva.

Assessore Romano, lei intende mantenere l'emendamento aggiuntivo, prot. n. 10815? Decade.

E' stato presentato un emendamento all'art. 3, è soltanto una modifica di data, invece che il 30 giugno è il 31 dicembre. E' sufficiente questa spiegazione da parte del Presidente? No, allora sospendiamo la trattazione dell'art. 3 e passiamo alla lettura dell'art. 3/bis.

Art. 3 bis

(Nuove modifiche ed integrazioni alla legge regionale 25 luglio 1992, n. 7, concernente
 “Interventi di previdenza integrativa a favore delle persone casalinghe, dei lavoratori stagionali e dei coltivatori diretti, mezzadri e coloni)

1. Alla legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 sono apportate le seguenti variazioni ed integrazioni:

a. Il comma 6 dell'articolo 3 è sostituito dal seguente:

“6. I finanziamenti non utilizzati nell'anno di riferimento sono considerati come anticipi delle assegnazioni relative all'anno successivo. Eventuali disavanzi di gestione troveranno opportuno ripiano nell'ambito dell'assegnazione finanziaria relativa all'anno successivo.”

b. All'articolo 4, comma 1 le parole “Nei confronti delle persone casalinghe, iscritte agli Albi provinciali di cui alla legge regionale 24 maggio 1992, n. 4 concernente ‘Interventi in materia di previdenza integrativa’, le quali siano” sono sostituite dalle parole “Nei confronti delle persone che siano in possesso dei requisiti di cui alle lettere a), b), c) e d) dell'articolo 3/bis e di cui all'art. 8, comma 2, lettera e) della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4”. Le parole “nell'assicurazione generale obbligatoria dei lavoratori dipendenti o nelle gestioni speciali per i lavoratori autonomi,” sono sostituite dalle parole “nelle gestioni dei lavoratori dipendenti o autonomi.”.

c. All'articolo 4, comma 2 le parole “fino al raggiungimento del requisito minimo di contribuzione per ottenere la pensione.” sono sostituite dalle parole “fino al raggiungimento del requisito di contribuzione per ottenere la pensione di anzianità o di vecchiaia.”.

d. All'articolo 5, comma 1 le parole “devono rivolgere” sono sostituite dalle parole “devono presentare”. Le parole “versamento del contributo trimestrale dovuto all'Istituto Nazionale della Previdenza Sociale (INPS) per la prosecuzione volontaria dei versamenti previdenziali.” sono sostituite dalle parole “versamento della contribuzione volontaria”.

e. Il comma 2 dell'articolo 5 è sostituito dal seguente:

“2. Le modalità ed i termini di presentazione della domanda sono demandate al Regolamento provinciale di cui all’articolo 17 bis.”

f. Il comma 2 dell’articolo 15 è sostituito dal seguente:

“2. L’ammontare de contributo di cui al comma 1 non può comunque superare l’importo stabilito annualmente dalla Giunta regionale con propria deliberazione”.

g. Dopo l’articolo 17 è inserito il seguente articolo 17 bis:

Art. 17 bis
(Regolamenti provinciali)

1. Per l’attuazione delle norme demandate dalla presente legge ai Regolamenti provinciali, si osservano le disposizioni di cui all’articolo 3 quater della L.R. 24 maggio 1992, n. 4.”

h. Gli artt. 7, 8, 9 e 10 sono abrogati.

2. Sono fatti salvi i rapporti giuridici insorti e gli effetti prodotti sulla base della normativa previgente ai sensi della quale si decide pure in ordine alle domande già presentate alla data di entrata in vigore della presente legge.

3. Le disposizioni di cui al comma 1, lettera c, si applicano con decorrenza dalla data di entrata in vigore della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7.

DENICOLO': Nach Artikel 3 werden folgende Artikel eingefügt:

„Art. 3 bis

(Weitere Änderungen und Ergänzungen zum Regionalgesetz vom 25. Juli 1992, Nr. 7 betreffend „Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge zugunsten der im Haushalt tätigen Personen, der Saisonarbeiter und der Bauern, Halb- und Teilpächter“)

1. Das Regionalgesetz vom 25. Juli 1992, Nr. 7, wird wie folgt geändert und ergänzt:

a. Absatz 6 des Artikels 3 wird durch folgenden ersetzt:

6. Die im Bezugsjahr nicht verwendeten Finanzierungen gelten als Vorschüsse auf die Zuweisungen des darauffolgenden Jahres. Allfällige Gebarungsfehlbeträge werden bei der finanziellen Zuweisung für das nachfolgende Jahr ausgeglichen.“

b. In Artikel 4 Absatz 1 werden die Worte „Gegenüber den in den Landesverzeichnissen gemäß Regionalgesetz vom 24. Mai 1992, Nr. 4 betreffend „Maßnahmen auf dem Sachgebiet der Ergänzungsvorsorge,, eingetragenen, im Haushalt tätigen Personen, die“ durch folgende ersetzt: „Gegenüber den Personen, die die Voraussetzungen gemäß den Buchstaben a), b), c) und d) des Artikels 3 bis und gemäß Art. 8 Absatz 2 Buchst. e) des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 erfüllen und die“. Die Worte „zur allgemeinen Pflichtversicherung der unselbständigen Erwerbstätigen oder

zur Sonderverwaltung der selbständigen Erwerbstätigen“ werden durch folgende ersetzt: „zu den Versicherungen der unselbständigen oder der selbständigen Erwerbstätigen“

- c. In Artikel 4 Absatz 2 werden die Worte „bis zur Erreichung der Voraussetzung der Mindestbeitragsleistung für die Rente,“ durch folgende Worte ersetzt: „bis zur Erreichung der Voraussetzung der Beitragsleistung für die Dienstalters- oder Altersrente“.
- d. Im deutschen Text des Artikels 5 Absatz 1 bleiben die Worte „müssen bei...einreichen“, unverändert. Die Worte „Einzahlung des dem Nationalinstitut für Soziale Fürsorge (NISF) für die freiwillige Fortsetzung der Sozialversicherung geschuldeten dreimonatigen Beitrags“ werden durch folgende Worte ersetzt: „Einzahlung der freiwilligen Versicherungsbeiträge“.
- e. Absatz 2 des Artikels 5 wird durch folgenden ersetzt:
„2. Die Einzelvorschriften und die Fristen für die Einreichung des Gesuches werden von der Verordnung der Provinzen gemäß Art. 17 bis festgelegt.“
- f. Absatz 2 des Artikels 15 wird durch folgenden ersetzt:
„2. Die Höhe des Beitrags gemäß Absatz 1 darf das jährlich vom Regionalausschuß mit eigenem Beschluß festgesetzte Ausmaß nicht überschreiten.“
- g. Nach Art. 17 wird folgender Artikel 17 bis eingefügt:

„Art. 17 bis
(Verordnungen der Provinzen)

1. Zwecks Anwendung der Bestimmungen, die mit diesem Gesetz auf die Verordnungen der Provinz übertragen werden, gelten die Bestimmungen gemäß Art. 3 quater des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4.“

h. Die Art. 7, 8, 9 und 10 sind aufgehoben.

2. Die Rechtsverhältnisse und die Wirkungen, die auf der Grundlage der vorher geltenden Bestimmungen entstanden sind, bleiben aufrecht; letztere finden auch in bezug auf die Gesuche Anwendung, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits eingereicht worden sind.

3. Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 Buchst. c) gelten ab dem Tag des Inkrafttretens des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7.

Zu diesem Artikel 3 bis gibt es keine Abänderungsanträge.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 3/bis? Ha chiesto la parola il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Da ist die Rede, daß die Modalitäten und die Termine für das Vorlegen der Gesuche der Landesdurchführungsverordnung gemäß Artikel 17 bis anvertraut sind. Für ein Regionalgesetz gibt es keine Durchführungsverordnung des Landes, der Provinz. Es kann nur eine Durchführungsverordnung der Region geben, des

Regionalausschuß. Diese Bestimmung widerspricht den Artikeln 18 und 44 des Autonomiestatutes.

Artikel 18 sagt: „in der Regel übt die Region die Verwaltungsbefugnisse aus, indem sie diese den Provinzen, den Gemeinden und anderen örtlichen Körperschaften überträgt oder sich deren Ämter bedient“. Artikel 44 sagt: „der Regionalausschuß ist das Vollzugsorgan der Region. Ihm obliegen die Beschlußfassung über die Durchführungsverordnungen zu den vom Regionalrat verabschiedeten Gesetzen“.

Es ist ganz klar, daß diese Bestimmung verfassungswidrig ist d.h. gegen den klaren Wortlaut zweier Artikel des Autonomiestatutes verstößt. Das habe ich geltend zu machen.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno.

Sono stati presentati alcuni emendamenti e siccome vorrei procedere in maniera ordinata, senza dover saltare altri articoli, chiudo i lavori.

Domani il Consiglio regionale è convocato per le ore 10.00.

La seduta è tolta.

(ore 17.55)

INDICE

Voto n. 39, presentato dai consiglieri regionali Atz, Berger, Feichter, Peterlini e C. Mayr concernente i diritti umani degli albanesi del Kosovo

pag. 7

Disegno di legge n. 63:

Modifiche ed integrazioni alle leggi regionali concernenti interventi di previdenza integrativa e di assicurazione sociale, nonché nuovi interventi in materia (presentato dai consiglieri regionali Saurer, Kasslatter-Mur, Achmüller, Denicolò e Frasnelli)

pag. 16

Interrogazioni e interpellanze

pag. 67

INHALTSANGABE

Begehrensantrag Nr. 39, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Atz, Berger, Feichter, Peterlini und C. Mayr betreffend die Menschenrechte der Kosovo-Albaner

Seite 7

Gesetzentwurf Nr. 63:

Änderungen und Ergänzungen zu den Regionalgesetzen betreffend Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge und Sozialversicherung sowie neue Maßnahmen in diesem Sachbereich (eingebracht von den Regionalratsab-geordneten Saurer, Kasslatter-Mur, Achmüller, Denicolò und Frasnelli)

Seite 16

Anfragen und Interpellationen

Seite 67

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	pag.	6-13
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	7-11-21-39-43-47-65
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	7-18-55
CHIODI-WINKLER Wanda <i>(Gruppo Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	8-20-49
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	9-16-39-42-46-51-53-54
BENUSSI Ruggero <i>(Gruppo Alleanza Nazionale)</i>	"	10
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	11
IANIERI Franco <i>(Gruppo Misto)</i>	"	12-19-34
FEDEL Domenico <i>(Gruppo Ladins - Autonomia TrentinoIntegrale)</i>	"	13
VECLI Gianpietro <i>(Gruppo Italia Federale)</i>	"	14-32-41
MORANDINI Pino <i>(Forza Italia - C.D.U.)</i>	"	15-23-40-61
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	26-48
ALESSANDRINI Carlo <i>(Gruppo Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	27
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	29-57
SAURER Otto <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	31-61

ROMANO Francesco <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i>	pag.	40-50-54
PALERMO Carlo <i>(Gruppo Misto)</i>	"	57